



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 69 Juni/6 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Folgender Artikel bestätigt eindeutig all den Betrug und die geldgierigen und schmierigen Machenschaften, bezüglich der voreiligen und unwirksamen Impfungen gegen die Corona-Seuche, wie das von allem Anfang an die FIGU berichtet und aufgedeckt hat.

Leider ist im Artikel nichts davon geschrieben, dass diverse «Impfungen» nur destillierten Wasser als angebliches Medikament enthielten und schon diesbezüglich Betrug und völlig wirkungslos waren.

Billy

**WELTWOCHE ZUR COVID-LÜGE
Schlag ins Gesicht der Mehrheitsmedien**

Autor: Uli Gellermann, Datum: 27.6.2023

Immerhin: Nach langen Jahren der Pharma-Anpassung hatte Roger Köppel, der Chefredakteur der Schweizer «WELTWOCHE», den Mut zu bekennen: «Ich schliefe den Schlaf der Selbstgerechten» (s. Video). Denn

auch die «WELTWOCHEN» hatte die handelsübliche Lüge rund um Corona mitgemacht. Doch in einer anderen Ausgabe der «WELTWOCHEN» gab es einen sensationellen Durchbruch zur Wahrheit. Die RATIONALGALERIE belegt diesen Schlag ins Gesicht der Mehrheitsmedien mit Zitaten aus der Zeitung.

Es geht nicht um eine medizinische Debatte, es geht um die Grundfragen von Freiheit und Demokratie. Das belegt auch die manipulative Geisterhand, die sich in die Debatte einmischt, wenn man das «WELTWOCHEN»-Video aufruft, die den Usern vorschreiben will, wie sie zu denken haben: «COVID-19 – Aktuelle, wissenschaftliche Informationen finden Sie bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung». Gegen jede Presse- und Meinungsfreiheit schaltet sich eine deutsche Behörde in die Berichterstattung eines schweizerischen Mediums ein.

Hier geht es zum Video:



*Mit dem Klick werden personenbezogene Daten an das Videoportal übermittelt.
Erfahren sie mehr zum Datenschutz.*

Es folgen Zitate aus der WELTWOCHEN:

«Es waren Horrortage für die EU – und Sternstunden für die Wahrheit. Zuerst kam das inzwischen berühmt gewordene Bekenntnis der Pfizer-Managerin Janine Small vor dem Europäischen Parlament. Am 10. Oktober 2022 gab sie zu, dass der Impfstoff vor der millionenfachen Injektion nicht darauf getestet worden war, die Übertragung des Virus zu stoppen. Bereits kursieren böse Witze: Da sitzen zwei Mäuse. Fragt die eine: «Lässt du dich impfen?» Sagt die andere: «Bist du wahnsinnig? Das Menschenexperiment läuft noch.»

«Covidioten» bekommen recht

Drei Tage später, am 13. Oktober, bestätigte die Europäische Kommission in einem offiziellen Hearing, dass die Impfung weder vor Übertragung noch vor Ansteckung schützt (wir kommen darauf zurück). Schliesslich, einen Tag danach, die dritte Hiobsbotschaft: Die EU-Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Ihr wird vorgeworfen, zum Nachteil der EU und der Steuerzahler überbezahlte Deals mit der Pharmaindustrie eingefädelt zu haben – und die belastenden Nachrichten zu verheimlichen.

Eine einzige dieser Meldungen wäre ein mittelschweres Erdbeben – alle zusammen sind der Super-GAU für die EU. Doch nicht nur für sie: Das Narrativ des Allheilmittels Covid-Impfung, dem Hersteller, Wissenschaftler und Regierungen weltweit gehuldet haben, bricht in sich zusammen.

Umgekehrt zeigt sich: Die als «Spinner», «Verschwörungstheoretiker» oder – besonders charmant – als «Covidioten» beschimpften Kritiker haben recht bekommen. Ihr Riecher war richtig: Die Impfung ist nicht nur nicht das versprochene Allheilmittel. Sie ist ein klassischer Nonvaleure: Sie kostete die Steuerzahler Milliarden – ohne dass sie einen entsprechenden Nutzen gebracht hätte.

Nach den neusten Enthüllungen muss die Geschichte der Corona-Pandemie und ihrer «Bewältigung» neu geschrieben werden. Doch die Verantwortlichen und ihre Zuhörer in den Medien unternehmen alles, um die Aufarbeitung abzuwürgen.

Wer sich gegen die Masern impft, ist geschützt. Wer sich gegen Corona impft, ist offensichtlich nicht geschützt.

Medienhäuser schweigen

Das geht bis zu glatter Zensur, wie ich am eigenen Leib erfahren habe. Die hier beschriebenen Fakten und Zusammenhänge waren auch das Thema meiner Kolumne «Dr. Gut» auf dem Online-Verbund von Portal 24. Ich habe den Artikel auf der Business-Plattform LinkedIn und auf Facebook verlinkt. Doch schon nach zwei Stunden war Schluss: Die Posts, die fleissig gelesen und geteilt worden waren, verschwanden still-

schweigend von den sozialen Plattformen. Wer hat Angst vor der Wahrheit? Wo leben wir eigentlich? China liegt offenbar in Europa.

Und was machen die Journalisten der grossen Medienhäuser, die die Viruspanik nach Kräften geschürt und dafür vom Staat Millionen für die Impfkampagne und weitere Millionen an Covid-Hilfen bekommen haben? Sie schweigen – und blenden die Bomben, die in der vorletzten Woche in Brüssel einschlugen, konsequent aus. Ganz nach der Logik: Worüber wir nicht schreiben, das existiert nicht. Gleichzeitig rühmen sie sich – von Schweizer Radio und Fernsehen über Tamedia bis zu CH Media –, «Fakten statt Fake News» zu verbreiten und für «Relevanz» zu stehen. Pustekuchen.

Schutzargument sticht nicht

Statt Aufklärung ist Lichterlöschen angesagt. Wer überhaupt auf die bahnbrechenden Enthüllungen reagiert wählt sinngemäss folgende Rückfallposition: «Wir haben ja gar nie gesagt, dass die Impfung vor Ansteckung und Weiterverbreitung schützt. Sie dient bloss dazu, schwere Verläufe zu verhindern.»

Falsch! Es mag einzelne Virologen und andere Experten gegeben haben, die sich vorsichtiger ausdrückten. Aber die mit Pauken und Trompeten verkündete Jubelbotschaft lautete: «Die Covid-Impfung ist der grosse Durchbruch. Sie schützt vor Ansteckung und Übertragung. Jetzt kriegen wir die Pandemie in den Griff.»

Dafür gibt es zahlreiche Belege, aus der Schweiz, aus Europa, aus der ganzen Welt. Der Schweizer Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset, oberster Corona-Krisenmanager des Landes, tweetete am 12. August 2021: «Die Impfung gegen Corona schützt – vor einer Ansteckung, der Weiterverbreitung des Virus und vor einem schweren Krankheitsverlauf.» Und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bezifferte am 18. November 2021 den «Schutz vor Ansteckung» selbst noch bei der «Auffrischung» auf 90 Prozent.

Anthony Fauci: «Wer geimpft ist, kann sicher sein, dass er oder sie nicht infiziert werden wird.»

Heilsversprechen «Impfung»

Ins selbe Horn blies EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. In ihrer «Erklärung zum Vorantreiben der Impfungen» vom 25. November 2021 behauptete sie: «Eine Impfung schützt Sie und alle anderen.» Mit einer Auffrischungsimpfung müssten wir dafür sorgen, dass «die bislang Geimpften immun bleiben». Genau dies war das Versprechen, das die verantwortlichen Politiker zur Promotion ihrer Impfkampagnen abgaben: «Wer geimpft ist, ist immun. Die Impfung schützt. Die Impfung nützt.»

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/weltwoche-zur-covid-luege>

Auf Wunsch folgender Artikel:

Die überwiegende Mehrheit der Menschheit will Frieden, Freiheit, Liebe und Sicherheit für alle Völker der Erde

Russischer Aussenminister Sergei Lawrow redet Tacheles mit dem Westen beim Treffen des UN-Sicherheitsrates am 24. April 2023

Video der vollständigen Rede von Lawrow auf Deutsch: <https://youtu.be/zaXD5XEdtos>



Beim UN-Sicherheitsrat in New York spricht Lawrow knallharte Worte der Wahrheit über die Notwendigkeit einer effektiven «multipolaren Sicherheitsordnung» im Einklang mit den Grundsätzen der UN-Charta, um Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen der Erde zu schaffen. Seinen Kollegen aus den NATO-Mitgliedsstaaten bleibt dabei die Spucke weg!

Verehrter Herr Generalsekretär,
Verehrte Kollegen,

Es ist symbolträchtig, dass wir unsere Sitzung am Internationalen Tag der Vielseitigkeit* und Friedensdiplomatie abhalten, welcher in den Kalender der bedeutsamen Daten eingetragen wurde infolge der Resolution der UN-Generalversammlung vom 12. Dezember 2018. In zwei Wochen werden wir den 78. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg begehen – die Niederlage Nazi-Deutschlands –, an der mein Land massgeblich beteiligt war. Mit der Unterstützung der Verbündeten hat es uns ermöglicht das Fundament zu legen für die internationale Nachkriegsordnung (*Sicherheitsordnung*). Deren rechtliche Grundlage wurde die UN-Charta (*Gründungsurkunde der Vereinten Nationen*) und unsere Organisation selbst, welche die wahre Vielseitigkeit – die multipolaren Kräfte aller Völker – verkörpert. Sie hat eine zentrale koordinierende Rolle eingenommen in der internationalen Politik.

[Anm.: **Bei einem «multipolaren Machtverhältnis» ist die Verteilung der Macht ausgeglichen**, d.h. alle Staaten haben ein gleichberechtigtes Verhältnis zueinander, in dem kein Staat den anderen dominiert. Siehe dazu:

«Die multipolare Welt» mit David Precht und Pankaj Mishra: <https://www.zdf.de/gesellschaft/precht/precht-248.html>]

(***Vielseitigkeit/Multipolarismus**: Der Zweck des Multipolarismus ist es wirklich, eine Welt zu erreichen, in der die multilaterale Beteiligung aller Nationen zu gemeinsamen Entscheidungen führt, während diejenigen, die im Westen von Multilateralismus sprechen, die Verteidigung und Konsolidierung des Unipolarismus meinen, d.h. eine Abstimmung ausschliesslich unter den NATO-Staaten.)

Seit nahezu 80 Jahren erfüllt die UNO (*Organisation der Vereinten Nationen*) den wichtigen Auftrag, der ihr von den Gründervätern anvertraut wurde. Einige Jahrzehnte lang hat das grundlegende gegenseitige Verständnis der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates über den Vorrang der Ziele und die Prinzipien der Charta die globale Sicherheit garantiert und auf diese Weise die Bedingungen geschaffen für eine wahrhaft vielseitige Zusammenarbeit, die durch die allgemein anerkannten Normen des internationalen Rechts – auch *Völkerrechts* genannt – reguliert wurde. Heute durchlebt das UNO-zentrische-System eine tiefe Krise. Dessen ursprüngliche Ursache ist das Streben einzelner Mitglieder unserer Organisation, das internationale Recht bzw. *Völkerrecht* und die UN-Charta durch irgendeine «regelbasierte Weltordnung» auszutauschen. Diese «Regeln» hat niemand gesehen. Sie waren niemals Gegenstand transparenter, internationaler Verhandlungen. Sie werden erfunden und angewendet, mit dem Ziel, den natürlichen Prozessen der Entstehung neuer selbständiger Zentren der Entwicklung entgegenzuwirken, welche gerade die natürliche Erscheinung der Vielseitigkeit sind. Man versucht sie einzudämmen mit Hilfe einseitiger illegitimer Massnahmen, wie die Verwehrung des Zugangs zu modernen Technologien und Finanzdienstleistungen, durch die Verdrängung aus den Lieferketten, die Beschlagnahmung vom Besitz, die Zerstörung der kritischen Infrastruktur der Konkurrenten sowie die Manipulation der universell abgestimmten Normen und Prozeduren. Das Ergebnis ist die Fragmentierung des internationalen Handels, der Zerfall der Marktmechanismen, die Paralyse der Welthandelsorganisation und die endgültige unverhohlene Verwandlung des Internationalen Währungsfonds in ein Instrument zur Erreichung der Ziele der Vereinigten Staaten (USA) und ihrer Verbündeten, einschliesslich auch der militärischen Ziele.

In ihrem verzweifelten Versuch ihre Herrschaft zu untermauern mit Hilfe der Bestrafung der Ungehorsamen, sind die USA zur Zerstörung der Globalisierung übergegangen, welche sie ja über viele Jahre gepriesen haben als das höchste Gut der gesamten Menschheit und welche dem vielseitigen System der Weltwirtschaft bedient. Washington und der ihm unterworfenen restlichen Westen wenden ihre Regeln immer dann an, wenn es nötig ist, die illegitimen Massnahmen gegen diejenigen zu rechtfertigen, die ihre Politik im Einklang mit dem Völkerrecht aufbauen und sich weigern, den egoistischen Interessen der «goldenen Milliarde» zu folgen. Die Andersdenkenden werden in schwarze Listen eingetragen nach dem Prinzip: «Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns».

Den westlichen Kollegen ist es schon längst unbequem geworden, sich im Rahmen universeller Formate wie der UNO zu einigen. Für die ideologische Rechtfertigung dieses Kurses zur Untergrabung der Vielseitigkeit wurde das Thema «Einheit der Demokratien im Gegengewicht zu den Autokratien» in Umlauf gebracht. Neben den Demokratiegipfeln, deren Teilnehmer vom selbsternannten Weltherrscher festgelegt werden, werden auch weitere Clubs der Auserwählten gebildet, welche an der UNO vorbei agieren: «Demokratiegipfel», die «Allianz für den Multilateralismus», die «Globale Partnerschaft zur Künstlichen Intelligenz», «die Globale Koalition für die Pressefreiheit», der «Pariser Aufruf zum Vertrauen und der Sicherheit im Cyberraum». All dies und andere nicht inklusive Projekte haben den Zweck, die Gespräche zu den jeweils entsprechenden Themen im Rahmen der UNO zu untergraben und die für den Westen profitablen und nicht auf Konsens beruhenden Entscheidungen und Konzepte (*allen anderen*) aufzuzwingen. Zuerst einigen sie

sich über irgendwas im engen Kreis und dann tragen sie diese Abmachungen vor als die Position der internationalen Gemeinschaft. Lassen Sie uns die Dinge beim Namen nennen. Niemand hat es der westlichen Minderheit erlaubt, im Namen der gesamten Menschheit zu sprechen. Man muss sich anständig benehmen und alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft respektieren.

Bei der Durchsetzung der regelbasierten Weltordnung verschmähen deren Urheber in arroganter Form das Schlüsselprinzip der UNO-Charta: die souveräne Gleichheit der Staaten. Zur Quintessenz des Komplexes der Aussergewöhnlichkeit wurde die stolze Verkündung des Chefdiplomaten der EU, Herrn Borrell, dass Europa ein Paradiesgarten sei und der Rest der Welt ein Dschungel. Gleichermassen zitiere ich die gemeinsame Erklärung der NATO (*Nordatlantikpakt-Organisation*) und der EU (*Europäische Union*) vom 10. Januar dieses Jahres, in der gesagt wird, ich zitiere: «Der vereinigte Westen wird alle der NATO und der EU zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen, finanziellen und – darauf mache ich besonders aufmerksam – militärischen Mittel einsetzen für die Gewährleistung der Interessen unserer Milliarde». Genauso steht es dort geschrieben.

Der kollektive Westen hat sich vorgenommen, auch die Prozesse der Vielseitigkeit auf der regionalen Ebene für sich zu vereinnahmen. Vor noch nicht allzu langer Zeit haben die USA dazu aufgerufen, die Monroe-Doktrin – *die den absoluten Machtanspruch der USA auf die westliche Hemisphäre verkündet* – wiederzubeleben und sie forderten von den Ländern Lateinamerikas die Verbindungen einzuschränken mit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Diese Linie stiess allerdings auf die Entschlossenheit der Länder in dieser Region, ihre eigenen vielseitigen Strukturen zu festigen, in erster Linie die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), indem sie ihr legitimes Recht verteidigen, eine der Stützen der multipolaren Welt zu werden. Russland unterstützt derartige gerechte Bestrebungen in vollem Umfang.

Heute werden bedeutsame Kräfte der USA und ihrer Verbündeten dafür eingesetzt, die Vielseitigkeit in der asiatisch-pazifischen Region zu untergraben, wo sich das erfolgreiche und offene System der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und der Sicherheit über Jahrzehnte gebildet hat – rund um die ASEAN (*Verband Südostasiatischer Nationen*). Dieses System hat es ermöglicht, auf Konsens beruhende Herangehensweisen auszuarbeiten, was sowohl die dutzenden Mitglieder der ASEAN zufriedenstellt wie auch ihre Gesprächspartner – darunter Russland, China, die USA, Indien, Japan, Australien und Südkorea – und auch eine wahrhaft inklusive Vielseitigkeit gewährleistet. Nachdem Washington seine indopazifische Strategie vorgelegt hat, hat es dann Kurs genommen zur Zerstörung dieser standhaften Konsensarchitektur.

Auf dem NATO-Gipfel letzten Jahres in Madrid hat die NATO – welche ja immer alle überzeugen wollte von ihrer Friedlichkeit und dass ihre Militärprogramme ausschliesslich der eigenen Verteidigung dienen – ihre globale Verantwortung verkündet über die Unteilbarkeit der Sicherheit – *Allmacht der NATO* – im nordatlantischen Raum und im sogenannten indopazifischen Raum. Das heisst: Jetzt wird die Verteidigungslinie der NATO – des Verteidigungsbündnisses natürlich – an das Westufer der Pazifik verlegt. Das Blockdenken, das die Vielseitigkeit in Asien untergräbt, tritt in Erscheinung in Form der Bildung der Militärallianz AUKUS (*bestehend aus Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA*), in die sowohl Tokio wie auch Seoul und sogar eine Reihe Länder der ASEAN hineingezogen werden. Unter der Führung der USA werden Mechanismen gebildet zur Einmischung in die Fragen der Seesicherheit mit dem Ziel der Gewährleistung der einseitigen Interessen des Westens im Südchinesischen Meer. Der von mir bereits zitierte Chefdiplomat der EU, J. Borrell, hat gestern – glaube ich war das – versprochen, in diese Region die Marinekräfte der Europäischen Union zu entsenden. Es wird nicht verschwiegen, dass das Ziel der indopazifischen Strategien die Eindämmung der Volksrepublik China sei sowie die Isolation der Russischen Föderation. So wird also von den westlichen Kollegen der effective Multilateralismus verstanden in der asiatisch-pazifischen Region (APAC).

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Verschwinden der Sowjetunion von der politischen Szene entstand die Hoffnung auf die Verwirklichung der Prinzipien der wahrhaften Vielseitigkeit ohne Trennlinien im euro-atlantischen Raum. Doch anstatt das Potential der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu entfalten, auf gleichberechtigten und kollektiven Grundlagen, haben die westlichen Länder nicht nur die NATO zu erhalten, sondern auch trotz ihrer grossen Versprechen den Kurs genommen zur dreisten Einverleibung des angrenzenden Raumes, einschliesslich der Territorien, wo die lebensnotwendigen Interessen Russlands schon immer existierten und auch weiterhin existieren werden. Wie der damalige US-Aussenminister, Jim Baker, dem US-Präsidenten, George Bush Senior, damals vorgetragen hat: Sei die grösste Bedrohung für die NATO die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Ich würde von meiner Seite noch hinzufügen, dass in der heutigen Zeit auch die UNO und die Anforderungen der UNO-Charta ebenfalls eine Bedrohung darstellen für die globalen Ambitionen von Washington.

Russland hat geduldig versucht für alle Seiten profitable, vielseitige Abmachungen zu erzielen, gestützt auf das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit, welches auf höchster Ebene feierlich verkündet wurde in den Dokumenten der OSZE-Treffen im Jahre 1999 und im Jahre 2010. Dort steht schwarz auf weiss direkt und eindeutig geschrieben, dass niemand seine Sicherheit gewährleisten solle auf Kosten der Sicherheit anderer

und kein Staat und keine Gruppe von Staaten und keine Organisation können eine privilegierte Verantwortung haben für die Erhaltung des Friedens in der Region der OSZE oder irgendeine Region der OSZE als seine Einflussosphäre betrachten.

Die NATO hat auf all diese Verpflichtungen ihrer Präsidenten und Premiers ihrer Länder gespuckt und damit begonnen, komplett gegenteilig zu agieren und für sich das Recht genommen für jede mögliche Willkür. Ein himmelschreiendes Beispiel sind die rechtswidrigen Bombardierungen von Jugoslawien im Jahr 1999, unter anderem auch mit dem Einsatz von Geschossen mit *abgereichertem* Uran, welche in der Folge zu einer Welle von Krebserkrankungen geführt haben, sowohl bei den serbischen Bürgern wie auch bei den Militärs der NATO. Joe Biden war damals Senator und hat mit Stolz vor den Kameras gesagt, dass er selbst dazu aufgerufen habe, Belgrad zu bombardieren und alle Brücken zu zerstören auf dem Fluss Drina. Und jetzt ruft der US-Botschafter in Belgrad, C. Hill, in den Medien die Serben dazu auf, *«das Blatt zu wenden»* und aufzuhören, beleidigt zu sein. Was das Thema angeht, nicht mehr beleidigt zu sein, so haben die USA damit grosse Erfahrungen gemacht. Japan schweigt schon lange in beschämender Form darüber, wer denn Hiroshima und Nagasaki bombardiert hat. In den Schulbüchern ist davon kein Wort. Vor kurzem hat, wie Sie wissen, auf dem G7-Treffen Antony Blinken mit Pathos über das Leid der Opfer der damaligen Bombardierungen gesprochen, hat es aber nicht als nötig empfunden zu erwähnen, wer sie organisiert hat. Dies sind die *«Regeln»* und niemand wagt es, ihnen zu widersprechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Dutzende verbrecherische Kriegsabenteuer von Washington, ohne jegliche Versuche eine allgemeine Legitimität dafür zu bekommen. Wozu, wenn es doch die *«Regeln»* gibt, welche allen unbekannt sind. Die beschämende Invasion der von den USA angeführten Koalition in den Irak im Jahr 2003 war ein Verstoss gegen die UNO-Charta, genauso wie die Aggression gegen Libyen im Jahr 2011. Das Ergebnis ist die Zerstörung der Staatlichkeit, Hunderttausende von Toten und wachsender Terrorismus. Ein grober Verstoss gegen die UNO-Charta war auch die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der postsowjetischen Staaten. Es wurden Farbrevolutionen organisiert in Georgien, in Kirgistan, ein blutiger Staatsumsturz in Kiew im Februar 2014, und in dieser Reihe auch die Versuche der gewaltsamen Machtergreifung in Weissrussland im Jahre 2020. Die Angelsachsen, welche sich an die Spitze des gesamten Westens gestellt haben, rechtfertigen nicht nur all diese Verbrechen, sondern prallen auch noch mit ihrer *«Linie zur Verbreitung der Demokratie»*, jedoch nur nach ihren eigenen *«Regeln»*: Kosovo als unabhängigen Staat anerkennen, ohne jegliches Referendum, die Krim aber nicht anerkennen, obwohl es dort ein Referendum gegeben hat; die Falklandinseln – die Malwinen – ja nicht anfassen, dort gab es ja ein Referendum, wie vor kurzem der britische Aussenminister, J. Cleverly, verkündigte. Einfach lächerlich!

In bezug auf die Zurückweisung von Doppelstandards – *um nicht mit zweierlei Mass zu messen* – rufen wir alle auf, sich von den Konsensvereinbarungen leiten zu lassen, welche im Rahmen der UNO-Erklärung von 1970 über die Prinzipien des Völkerrechts abgestimmt wurden und die nach wie vor in Kraft sind. Dort steht ganz klar die Notwendigkeit geschrieben, die Souveränität und die territoriale Integrität jener Staaten zu respektieren, welche, ich zitiere: *«die Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker enthalten und eine Regierung haben, die das ganze Volk (alle Menschen) vertritt, das in ihrem Territorium (Hoheitsgebiet) lebt»*. Jedem unvoreingenommenen Beobachter ist völlig klar, dass das Kiewer-NAZI-Regime in keiner Weise betrachtet werden kann als Vertreter der Bewohner der Territorien, die sich geweiht haben, die Resultate des blutigen Staatsumsturzes im Februar 2014 zu akzeptieren und gegen die ein Krieg dafür durch die Putschisten entfesselt wurde. Genauso wie auch Pristina nicht den Anspruch erheben kann, die Interessen der Kosovo-Serben zu vertreten, denen die EU eine Autonomie versprochen hat, genauso wie Berlin und Paris einen Sonderstatus für den Donbass versprochen haben. Das Resultat dieser Versprechen ist bestens bekannt.

Sehr gut hat es der Generalsekretär, *António Guterres*, in seiner Ansprache ausgedrückt beim Demokratiegipfel am 29. März. Ich zitiere: *«Die Demokratie geht aus der UNO-Charta hervor. Und deren erste Worte – Wir, die Völker – bilden die fundamentale Wurzel (den zugrundeliegenden Ursprung) der Legitimität der Regierung ab: Das Einverständnis derer, die regiert werden.»* Das Einverständnis, ich betone es nochmal.

Um den Krieg zu beenden im Osten der Ukraine, der das Resultat des Staatsumsturzes war, wurden vielseitige Anstrengungen für eine friedliche Lösung unternommen, die in einer UNO-Resolution ihren Ausdruck fanden, welche einstimmig die *«Minsker-Vereinbarungen»* bestätigte. Diese Vereinbarungen wurden zertrampelt von Kiew und seinen westlichen Herren, welche vor kurzem selbst zynisch und mit Stolz eingestanden haben, dass sie auch niemals vorhätten, diese umzusetzen, sondern lediglich Zeit gewinnen wollten, um die Ukraine gegen Russland mit Waffen vollzupumpen. Auf diese Weise wurde öffentlich der Verstoss gegen die Verpflichtungen aller UNO-Mitglieder erklärt, welche in der UN-Charta festgeschrieben sind und die von allen Ländern fordern, die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates umzusetzen.

Unsere konsequenten Handlungen zur Verringerung der Konfrontation, einschliesslich auch der Vorschläge von Präsident Putin im Dezember 2021 zur Abstimmung vielseitiger und gegenseitiger Sicherheitsgarantien, wurden in arroganter Form zurückgewiesen. Sie sagten uns: Niemand könne die NATO daran hindern die Ukraine aufzunehmen. All die Jahre nach dem Staatsumsturz, ungeachtet unserer lautstarken Forderungen, hat niemand von den westlichen Vorgesetzten des Kiewer Regimes, weder Poroschenko noch Selensky,

zur Ordnung gerufen, nicht das ukrainische Parlament, als per Gesetz und konsequent die russische Sprache, die russische Bildung, die russisch-sprachige Medien und insgesamt die russischen kulturellen und religiösen Traditionen vernichtet wurden, und das in direktem Verstoss gegen die Verfassung der Ukraine und gegen die universellen Konventionen über die Rechte der ethnischen Minderheiten. Parallel dazu hat das Kiewer Regime im Gesetz und im Alltag die Theorien und die Praktiken des Nazismus (*Nationalsozialismus*) vorangetrieben. Ohne sich zu schämen, organisierte es in Kiew und in anderen Städten leuchtende Fackelmärsche unter dem Banner von SS-Divisionen. Der Westen hat geschwiegen und «sich die Hände gerieben». Die Geschehnisse haben sehr gut zu den Plänen gepasst, das vom Westen aufgezüchtete, offenkundig rassistische Regime zu benutzen, in der Hoffnung auf die allumfassende Schwächung Russlands im Rahmen des strategischen Kurses zur Beseitigung der Konkurrenten und zur Untergrabung jeglicher Szenarien, die eine Entstehung einer gerechten Vielseitigkeit – *multilaterale Zusammenarbeit aller Staaten* – vorsehen in den internationalen Angelegenheiten.

Heute ist es allen klar, auch wenn nicht alle öffentlich darüber sprechen, dass es hier überhaupt nicht um die Ukraine geht, sondern darum, wie – im weiteren Verlauf – sich die internationalen Beziehungen entwickeln werden: Durch die Bildung eines stabilen Konsenses auf Grundlage des Gleichgewichts der Interessen oder durch die aggressive und explosionsgefährdete vorangetriebene Hegemonie. Man darf die «ukrainische Frage» nicht losgelöst vom geopolitischen Kontext betrachten. Die Vielseitigkeit sieht es vor, dass die UNO-Charta im gesamten Zusammenhang ihrer Prinzipien respektiert wird, worüber ich heute bereits gesprochen habe. Russland hat sehr deutlich die Aufgaben erklärt bei der speziellen Militäroperation: Die jahrelang durch die NATO erschaffene «Bedrohung für unsere Sicherheit» zu beseitigen, die sich direkt an unseren Grenzen befindet, und die Menschen zu schützen, welche der in einer Vielzahl an Konventionen festgeschriebenen Rechte beraubt wurden; sie zu schützen vor den öffentlich vom Kiewer Regime verkündeten Drohungen der Vernichtung und Vertreibung aus den Territorien, wo über Jahrhunderte ihre Vorfahren gelebt haben. Wir haben ehrlich gesagt, für was und für wen wir kämpfen.

Vor dem Hintergrund der entfesselten Hysterie durch die USA und die EU möchte ich im Kontrast dazu die Frage stellen: Was haben Washington und die NATO in Jugoslawien gemacht? Im Irak, in Libyen? Gab es dort Bedrohungen für ihre Sicherheit, für ihre Kultur, ihre Religion, ihre Sprachen? Von welchen vielseitigen Normen haben sie sich leiten lassen, als sie die Unabhängigkeit von Kosovo erklärt haben, unter Verstoss gegen die Prinzipien der OSZE (*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*) sowie auch bei der Zerstörung stabiler, wirtschaftlich gestandener Staaten, wie Irak und Libyen, die sich zehntausend Meilen von den amerikanischen Küsten entfernt befinden?

Zu den Bedrohungen für das vielseitige System zählen die schamlosen Versuche der westlichen Staaten, sich das Sekretariat der UNO einzuverleiben (*ihrem Willen zu unterwerfen*) sowie auch andere internationale Strukturen. Ein Ungleichgewicht beim Personal zugunsten des Westens gab es schon immer, doch bis zur jüngsten Zeit hat sich das Sekretariat noch bemüht, die Neutralität einzuhalten. Heute jedoch hat dieses Ungleichgewicht einen chronischen Charakter angenommen und die Mitarbeiter des Sekretariats erlauben sich immer öfter ein für internationale Beamten unwürdiges, politisch motiviertes Benehmen. Ich rufe den verehrten Generalsekretär Guterres dazu auf, die Unvoreingenommenheit aller seiner Mitarbeiter gemäss Artikel 100 der UNO-Charta sicherzustellen. Gleichzeitig rufen wir die Leitung des Sekretariats dazu auf, dass bei der Vorbereitung von Initiativdokumenten zur heute erwähnten Thematik der «gemeinsamen Tagesordnung» und auch der «neuen Tagesordnung für den Frieden» sich von der Notwendigkeit leiten zu lassen, den Mitgliedsländern Hinweise zu geben auf ihrem Weg zur Findung eines Konsenses und eines Interessengleichgewichts, anstatt ihnen neoliberale Konzepte zuzuspielen. Ansonsten werden wir an Stelle einer vielseitigen Tagesordnung eine Vertiefung der Spaltung erleben zwischen der «goldenen Milliarde» und der Mehrheit der Welt.

Wenn wir von Vielseitigkeit sprechen, dürfen wir uns nicht auf den internationalen Kontext beschränken, genauso wie wir den internationalen Kontext nicht ignorieren dürfen, wenn wir von Demokratie sprechen.

Es darf keine Doppelstandards geben und die Vielseitigkeit (*Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede*) und die Demokratie müssen sowohl innerhalb der Staaten respektiert werden wie auch bei den Beziehungen zwischen den Staaten. Alle wissen, dass der Westen sein Verständnis von Demokratie den anderen aufzwingt, aber keine Demokratisierung der internationalen Beziehungen will auf Grundlage der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten. Aber jetzt, während er seine Regeln auf der internationalen Bühne vorantreibt, erwürgt er die Vielseitigkeit bei sich zuhause, indem er immer mehr repressive Instrumente anwendet für die Unterdrückung jeder anderen Meinung, genauso wie es das Kiewer-Verbrecher-Regime macht mit der Unterstützung seiner Lehrer aus den USA und ihrer Verbündeten.

Verehrte Kollegen, so wie in den Jahren des Kalten Krieges sind wir erneut an einer gefährlichen, vielleicht sogar noch gefährlicheren Schwelle angelangt. Die Situation verschärft sich durch den Verlust des Vertrauens in die Vielseitigkeit – *und damit in die Mitwirkungsrechte aller Staaten* –, wenn die finanzielle und wirtschaftliche Aggression des Westens die Vorteile der Globalisierung zerstört, wenn Washington und seine Verbündeten die Diplomatie verweigern und die Forderung stellen, dass die Dinge auf dem «Schlachtfeld» entschieden werden sollen. Und all das innerhalb der Mauern der UNO, die ja ursprünglich gegründet wur-

de, um die Schrecken des Krieges zu verhindern. Die Stimmen der verantwortungsbewussten und gesund denkenden Kräfte sowie die Rufe, politische Weisheit an den Tag zu legen und eine Kultur des Dialogs wiederzubeleben, werden durch jene erstickt, die einen Kurs zur Untergrabung der Grundprinzipien des internationalen Dialogs eingeschlagen haben. Wir alle müssen zu den Wurzeln (*zugrundeliegenden Ursprüngen*) zurückkehren, zur Einhaltung der Ziele und der Prinzipien der UNO-Charta in ihrer gesamten Vielfalt und in ihrem gesamten Zusammenhang.

Eine wahrhafte Vielseitigkeit (*multilaterale Zusammenarbeit*) erfordert in der aktuellen Periode die Anpassung der UNO an die objektiven – und damit neutralen – Tendenzen zur Bildung einer multipolaren Architektur der internationalen Beziehungen. Es ist notwendig, die Reformen des UN-Sicherheitsrates mittels Erweiterung durch eine zusätzliche Vertretung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu beschleunigen. Die jetzige überproportionale Vertretung des Westens in diesem wichtigsten Organ der UNO untergräbt die Prinzipien der Vielseitigkeit (*und damit die sich gegenseitig ergänzende Vielfalt/Diversität der Gesamtheit*).

Auf Initiative von Venezuela wurde die Gruppe der Freunde zum Schutz der UNO-Charta gegründet und wir fordern alle Staaten, welche die UNO-Charta achten, dazu auf, sich dieser Gruppe anzuschliessen. Ausserdem ist es gleichermassen wichtig, das konstruktive Potential der BRICS (*Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika*) zu benutzen sowie die Shanghaier Organisation der Zusammenarbeit (SOZ). Auch die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Die GUS (*Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion*), die OVKS (*Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit*) und natürlich auch wir sind dafür, aktiver auf die Initiativen und die Positionen regionaler Vereinigungen der Länder des globalen Südens zurückzugreifen. Eine nützliche Rolle zur Unterstützung der Vielseitigkeit kann auch die G20 (*Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer*) spielen, sofern die westlichen Teilnehmer damit aufhören, die Kollegen abzulenken von den aktuellen Tagesordnungspunkten, mit dem Ziel, das Thema ihrer eigenen Verantwortung für die Ansammlung der Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft unter den Teppich zu kehren.

Unsere gemeinsame Pflicht ist es, die Vereinten Nationen zu erhalten, als erkämpftes Vorzeigebispiel für die Vielseitigkeit (*Inklusivität aller Völker*) und für die Koordination der internationalen Politik. Der Schlüssel zum Erfolg ist die gemeinsame Arbeit, die Ablehnung der Ansprüche auf Aussergewöhnlichkeit (*Exklusivität*) von wem auch immer, und ich wiederhole ein weiteres Mal: Die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten. Genau das haben wir alle unterschrieben, als wir die UNO-Charta ratifiziert haben.

Im Jahre 2021 hat Präsident Putin vorgeschlagen, ein Gipfeltreffen der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einzuberufen. Die Staatsoberhäupter von China und von Frankreich haben diese Initiative unterstützt, aber bedauerlicherweise wurde sie noch nicht realisiert. Die Sicherheitsthematik ist eng verbunden mit der Vielseitigkeit – *bei der die multilaterale Beteiligung aller Nationen zu gemeinsamen Entscheidungen zum Wohl aller Völker führt* – und zwar nicht weil die fünf Staaten irgendwelche Privilegien haben, im Vergleich zu den anderen, sondern gerade aufgrund ihrer besonderen Verantwortung in bezug auf die UN-Charta und in bezug auf die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit auf der Welt. Genau das fordern die Imperative des UNO-zentrischen-Systems, was jedoch als Resultat der Handlungen des Westens von Zerfall bedroht ist.

Die Besorgnis vor einem solchen Zustand ist immer lauter zu hören in den zahlreichen Initiativen und Ideen der Länder des globalen Südens, vom östlichen und südöstlichen Asien, der arabischen Welt und allgemein der islamischen Welt insgesamt bis nach Afrika und Lateinamerika. Wir schätzen deren aufrichtiges Bestreben, alle aktuellen Problemen zu lösen mit Hilfe ehrlicher und gemeinsamer Arbeit, die auf eine Abstimmung (*Harmonisierung*) des Gleichgewichtes der Interessen abzielt auf Grundlage der souveränen Gleichheit der Staaten und der Unteilbarkeit der Sicherheit.

Und zum Schluss möchte ich mich noch an alle Journalisten wenden, die jetzt über unsere Sitzung berichten. Ihre Kollegen von den russischen Medien wurden hier nicht reingelassen. Die Botschaft der USA in Moskau hat spöttisch ihre Bereitschaft mitgeteilt, ihnen ihre Pässe mit den Visa auszuhändigen, in dem Moment als unser Flugzeug bereits abgehoben ist. Daher die grosse Bitte an Sie, das Fehlen der russischen Journalisten dadurch zu kompensieren, indem Sie sich bemühen, Ihre Reportagen so zu gestalten, um dem weltweiten Publikum eine echte Vielseitigkeit (*ganzheitliche Vielfalt*) der Bewertungen und der Urteile zu vermitteln.

Versöhnung der Ukraine mit Russland



Foto von Ostexperte.de



Frieden für alle Völker der Erde

Foto von Dreamstime

Musik-Video von Tatjana: SCORPIONS - Wind of Change (Lyrics)

<https://www.bing.com/videos/search?q=the+most+beautiful%2c+melodious+version+of+the+wind+of+change+song&docid=603496240021054533&mid=7C448F0DEC705D57A35C7C448F0DEC705D57A35C&view=detail&FORM=VDRVS&ajaxhist=0>

Interview mit Präsident Putin
über Medien, Terror, Syrien, Ukraine, Russland, USA



Video von Dr. Daniele Ganser

<https://www.bing.com/videos/search?&q=daniele+ganser&docid=20806159831661&mid=2D87669B786877197E6F2D87669B786877197E6F&view=detail&FORM=VDQVAP&ajaxhist=0&rvsmid=3266979C0D337C63BC3B3266979C0D337C63BC3B>

Interview with Robert F. Kennedy Jr.



Russell & RFK Jr. – FAUCI, CIA Secrets & Running for President

RFK Jr: «The Ukraine today is a victim of U.S. aggression. Selensky ran in 2019, and the only reason he won the election, was because he ran on a peace-platform. He was going to ratify the «Minsk Accords» which were the Russian supported agreement that the Donbass remains a part of Ukraine.»

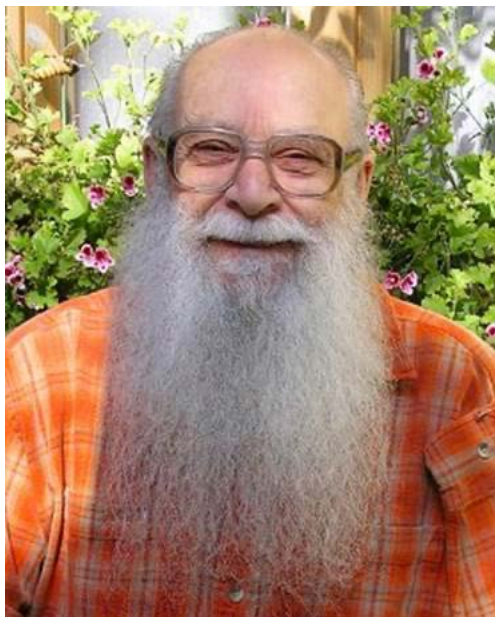
Deutsche Übersetzung:

RFK Jr: «Heute ist die Ukraine ein Opfer der US-Aggression. 2019 wurde Selensky Präsidentschafts-Kandidat und hat die Wahl nur darum gewonnen, weil er auf einer Friedensplattform kandidierte. Er wollte die «Minsker Vereinbarungen» – das mit Russland vereinbarte Abkommen – ratifizieren, damit der Donbass ein Teil der Ukraine bleibt.»

<https://rumble.com/v2nermq-russell-and-rfk-jr-fauci-cia-secrets-and-running-for-president-128-stay-fre.html>

Rage against the War Machine by Roger Walters

<https://www.activism.org/latest/roger-walters-krieg-ukraine/>



«Billy» Eduard Albert Meier, BEAM

Menschen der Erde

Schwelgt nicht in Hass, Rache, Vergeltung und Zerstörung, sondern macht in euch und euch selbst zu einem Herd der Liebe, Glück und Frieden.

Verbannt in euch den Hass, die Rache und Vergeltung und stoppt alles was Tod, Trauer, Leid, Elend und Zerstörung bringt.

Schafft nicht Unfrieden, Streit, Krieg und Vernichtung sowie Erbärmlichkeit, Düsterei, Schaden, Bedrängnis, Not, Drangsal und Schmerzen, sondern wachst über euch selbst hinaus und seid in euch selbst grösser als eure Feinde und alle Antagonisten.

Nur wer schwach ist, sucht im Hass, in Rache und Vergeltung einen Sieg, sein Recht, Befriedigung und Genugtuung zu erringen, doch er zerstört damit sein Recht und schafft Unrecht, das ihn bei den Mitmenschen zum Feind und zur Ausgeburt des Bösen macht, wie aber auch zum Ausgestossenen der Gesellschaft.

Schafft Recht und Frieden in euch selbst und in der Welt, richtet nicht und erkennt, dass die euch harmen, armselig in ihrem Denken, Entscheiden und Handeln sind, denn sie sind schwach, erbärmlich in ihrer Redensart, wie auch Unfähige und Stümper in ihrem Tun.

Schafft in euch Liebe, Glück und Frieden, seid gut und tuet recht in eurem Denken, Entscheiden und Handeln, so ihr des rechtens selbstbewusst und ohne Schuld seid, wenn ihr euch in gerechter Weise gegen euch angetanes Unrecht kontrolliert zur Wehr setzt, und zwar ohne Hader, Streit, Krieg, Tod, Gewalt und Zerstörung, denn solches bringt nur neuen Unfrieden, Kriegsgewalt und Tod.

Sei wahrer und effectiver Mensch, der das wertvolle Leben jedes einzelnen Menschen vor Unheil und Tod schützt und bewahrt, wie du dir selbst jeden Schutz gewährst und dich vor jedem Unheil bewahrst, denn dein Nächster ist ein Mensch wie du.

SSSC, 10. Sept..2022, 12.51 h, Billy

Ja zum Friedensmanifest!

<https://www.change.org/p/manifest-für-frieden>

Frieden bedingt Klarheit über die Wirklichkeit und deren Wahrheit

Konflikte jeder Art können nur durch die Logik der effektiven Wahrheit und also nur durch gewaltsame Gewaltlosigkeit (Handlungen in Logik und Vernunft) erfolgreich nachvollzogen, aufgearbeitet und überwunden werden. Das heisst wiederum, dass sich jeder Konflikt nur durch aufrichtige Friedensbemühungen, geleitet von Wahrheit und Liebe, in Zusammenarbeit mit allen damit verbundenen hohen Werten des wahren Menschseins wie Offenheit, Ehrlichkeit, Nachsicht, Vergebung, Versöhnung und wahre Menschlichkeit erfolgreich bekämpfen und beheben lässt, und zwar am besten durch:

- 1) aufrichtige und unermüdliche Friedensverhandlungen;
- 2) das Zustandebringen eines für alle Staaten der Erde einheitlichen Friedensvertrags, um Frieden, Freiheit, Ordnung und Sicherheit für alle Völker und alle Lebensformen der Erde zu schaffen;
- 3) die Gründung einer neuen, völlig neutralen und handlungsfähigen Weltfriedensorganisation, in der alle Staaten der Erde die gleichen Rechte und Pflichten haben und deren Vertreter direkt vom jeweiligen Volk gewählt werden;
- 4) die Abschaffung des Sicherheitsrates, in dem einige Grossmächte das Vetorecht haben, um die Souveränität, Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit aller Staaten zu bewahren und freie, unabhängige, verantwortungsbewusste und völlig neutrale Entscheidungen und Handlungen zum Wohle aller Menschen, aller Völker und aller Lebensformen der Erde sicherzustellen;
- 5) die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen sowie allen Militärs und somit aller Armeen weltweit, da sie jegliche Bemühung eines Friedensschaffens untergraben;
- 6) die Bildung einer allstaatlich bestimmten und somit völlig neutralen weltweit agierenden «Multinationale Friedenskampftruppe», die hohen ethischen Werten verpflichtet ist, um Frieden in Krisengebieten durch logische und menschlich vertretbare Gewaltanwendung (Handlungen in Logik und Vernunft) zu sichern und Leben zu schützen. Eine solche Truppe setzt sich einzig und allein für Frieden, Sicherheit und Ordnung ein und kämpft demgemäss nach bestem Können und Vermögen in logischer, vernünftiger und menschenwürdiger Form zum Wohle aller Menschen und Lebensformen der Erde und somit auch zum Wohle aller Pflanzen, Tiere und des Getiers sowie der Natur mit deren Fauna und Flora, dem Klima, den Gewässern und auch zum Wohle des Planeten.

Rebecca Walkiw, Deutschland

«Der Zustand von Frieden, Freiheit, Liebe und Sicherheit für jeden einzelnen Menschen, für jedes Volk, für die gesamte Menschheit und für jede Lebensform in der freien Natur und in deren Fauna und Flora ist nur möglich, wenn die gesamte irdisch-menschliche Gemeinschaft daran arbeitet, diesen Zustand zu erreichen, denn nur das Nachvollziehen einer Sache führt zu deren Gedeihen und zu einer wertvollen neuen Errungenschaft und zu einem konsequenten Effekt.»

*Zitat aus «Frieden, Freiheit, Liebe und Sicherheit für Leib und Leben»
von «Billy» Eduard Albert Meier, BEAM
SSSC, Sonntag, 1. Januar 2017, 13.29 h, Billy*

Wie «unser» ist die Bundeswehr?

Von WOLFGANG HÜBNER, 27. Juni 2023/27

In konservativ-rechten Kreise, die AfD eingeschlossen, wird gerne von «unserer Bundeswehr» gesprochen. Und es wird nicht ohne Grund beklagt, wie schlecht der Zustand «unserer Bundeswehr» ist.

Aber wie «unser» ist die von den Steuerzahlern finanzierte Bundeswehr eigentlich? Ist sie nicht vielmehr eine NATO-Armee, die aus globalstrategischen Überlegungen des US-Dominators gestern in Afghanistan, heute in Litauen und schon morgen in Ostasien stationiert sowie eingesetzt werden kann? Und wer will uns garantieren, dass «unsere Bundeswehr» im Falle einer schweren politischen Krise in Deutschland nicht gegen den inneren Feind, also zum Beispiel gegen protestierende Volksbewegungen, eingesetzt wird?



Ist die von Bundesverteidigungsminister Pistorius geplante Entsendung von 4000 Bundeswehrsoldaten nach Litauen, um die Ostflanke der NATO zu stärken, im patriotischen Interesse?

Es soll nicht bezweifelt werden, wie erheblich die Zahl aufrechter Patrioten in den Reihen der Bundeswehr ist. Doch werden sie deshalb notfalls Befehle verweigern, die nicht ihrer Überzeugung entsprechen? Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, sie soll also das tun, was die Mehrheit im Bundestag für richtig hält. Und bislang tut sie das auch. Wird die Bundeswehr einer Mehrheit selbst dann folgen, wenn diese den Auftrag erteilt, oppositionelles Aufbegehren im Volk mit Waffengewalt zu unterdrücken? Können wir nach den negativen Erfahrungen mit der Polizei während der Corona-Zeit wirklich hoffen, dass es dazu nicht kommen wird?

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat angekündigt, zusätzliche 4000 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten in das NATO-Partnerland Litauen zu schicken,

Das sind viele Fragen. Doch je mehr das politische System der Blockparteien und der von ihnen kontrollierten meinungsbestimmenden Massenmedien in die selbstverschuldete Sackgasse gerät, desto intensiver müssen diese Fragen gestellt und Antworten darauf gegeben werden. Es muss zum Beispiel aktuell eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob die von Bundesverteidigungsminister Pistorius geplante Entsendung von 4000 Bundeswehrsoldaten nach Litauen wirklich im deutschen, also unserem patriotischen Interesse ist. Und wenn das nicht der Fall sein sollte: Was sagt uns das darüber, wie «unser» die Bundeswehr ist?



Wolfgang Hübner

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Geopolitik, Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2023/06/wie-unser-ist-die-bundeswehr/>

Wie weiter in Russland?

Wenn des Westens Wunschdenken stärker ist als die sorgfältige Analyse

Autor: Christian Müller, 27. Juni 2023

Nicht dass die Meuterei des Wagner-Chefs Prigoschin schnell beendet und dass damit ein blutiger Zusammenstoß und möglicherweise sogar ein russischer Bürgerkrieg mit unabsehbaren Folgen – auch für die umliegenden Länder! – verhindert werden konnte, war das Thema der deutschsprachigen Medien am Wochenende, sondern fast ausschliesslich die Frage, wie sehr der russische Staatspräsident Wladimir Putin dabei an Macht und Einfluss verloren hat. Das Wunschdenken der westlichen Kommentatoren war dabei unübersehbar. Ein weitsichtigerer Kommentar kam aus den USA.

Leitartikel zum 24-Stunden-Aufstand der Wagner-Truppen

Die Ukraine ist der lachende Dritte

Wo war eigentlich die «zweitstärkste Armee» der Welt, als sie ihren Oberkommandierenden Wladimir Putin beschützen sollte? Und warum haben Russlands Geheimdienste nicht vorhergesehen, dass der Zwist zwischen der Söldnergruppe Wagner und dem Verteidigungsministerium in einen offenen Aufstand, einen «Marsch für Gerechtigkeit» auf Moskau münden würde?

Im Moment gibt es mehr Fragen als Antworten. Sicher ist: Die Bilder von Putins Reaktion werden unvergessen bleiben. Der geschwächte Diktator musste in einem Hilferuf an die «Einheit des russischen Volks» appellieren. Und dem Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin haben sich nicht etwa grosse Armee-Einheiten in den Weg gestellt, sondern Truppen der Nationalgarde, darunter auch Kämpfer des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrow.



Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin (im Auto) hat die Schwächen der russischen Armee gnadenlos offengelegt.

Bild: AP

So kommentierten am Montag die Zeitungen des Schweizer Medien-Konzerns CH-Media auf ihren Frontseiten: Eine Kombination aus Wunschdenken und Schadenfreude. (Screenshot)

«Wagner-Spuk vorbei», so titelte Peter Hänseler, der in Moskau lebende Schweizer, seinen sehr persönlichen Bericht vom Montag auf seinem Blog «Stimme aus Russland», und er ergänzte im Vorspann, im sogenannten Lead: «Eine mehr als gefährliche Situation für Russland wurde unkonventionell und schnell gelöst – beeindruckend.» Und weiter wörtlich: «Als ich am Samstag bei einem Spaziergang erfuhr, dass Prigoschin mit seiner Wagner-Gruppe meuterte, überkam mich grosse Angst. Ich rief meinen Partner Denis Dobrin an und erbat, innerhalb dreier Stunden alle Informationen zusammenzutragen, welche erhältlich waren. Danach verliessen mein Mit-Autor René Zittlau und ich einen Museumsbesuch mit unseren Frauen und wir gingen direkt in unser Büro.

Mir kamen als erstes Hinweise eines italienischen Friends in den Sinn, welcher mich seit Januar immer wieder darauf aufmerksam gemacht hatte, dass ihn die aggressiven Aussagen Prigoschins gegen die militärische Führung Russlands besorgten. Ich muss zugeben, dass ich diese Sorgen nicht teilte und somit die Gefährlichkeit der Situation total unterschätzt hatte. Das soll mir eine Lehre sein.»

Und weiter Peter Hänseler: «Im Büro lasen wir alles, was wir in die Hände bekamen, und versuchten, uns einen Reim zu machen. Wir entschieden uns dafür, in unserem Kurzbeitrag «Putsch, Bürgerkrieg oder Finte?» eine Auslegeordnung zu verfassen. Zuerst beschrieben wir den Sachverhalt im Telegrammstil, berichteten über die Videobotschaft von General Surovikin und analysierten die Rede Präsident Putins. Die Möglichkeit, dass es sich um eine Finte Präsident Putins handelte, eine Variante, welche in den sozialen Medien herumgereicht wurde, erledigte sich unseres Erachtens nach der Rede von Präsident Putin. Betreffend der Gründe für dieses Himmelfahrtskommando waren wir uns ziemlich sicher, dass Prigoschin die (verlangte, Red.) Unterstellung der Wagner-Gruppe unter die Befehlsgewalt des Verteidigungsministeriums nicht akzeptieren konnte und sich zu dieser – unseren Erachtens – Wahnsinnsstrategie hinreissen liess.

Nie waren wir der Meinung, dass sich Prigoschin militärisch durchsetzen könnte – dafür ist die Wagner-Gruppe einfach zu klein. Auch glaubten wir nicht, dass die Bevölkerung oder das Militär sich Prigoschin anschliessen würden. Die Kolonne von 25'000 Wagner-Soldaten bewegte sich jedoch in Windeseile Richtung Moskau, durchbrach Strassensperren und schien zu allem bereit. Hier ist anzumerken, dass diese Söldner und ihr Führer seit über einem Jahr in brutale und blutige Häuserkämpfe (in der Ukraine, Red.) verwickelt waren. Dieses Handwerk hat Einflüsse auf die Menschen und kann zu nicht-rationalen Aktionen oder sogar zu regelrechten Irrsinnstaten führen – das war nun Realität.

Nach der Publikation unseres Artikels begaben wir uns in ein Restaurant und versuchten mit unseren Frauen ein Nachtessen zu geniessen, was uns sehr schwer viel. Tausende Wagner-Soldaten in der Stadt Moskau wäre ein absoluter Albtraum gewesen. Um ca. 19.30 Uhr informierte uns aber Denis, Prigoschin habe seine Kolonne umgedreht und sei auf dem Weg zurück nach Rostov am Don. Wir konnten das Glück kaum fassen und waren baff. Wir waren sehr erleichtert.

Was war geschehen, dass eine Katastrophe noch abgewendet werden konnte? Wir erfuhren, dass Präsident Putin einmal mehr die nicht-blutige Lösung gesucht und wohl gefunden hatte. Es wird seine Zeit dauern,

bis Details an die Öffentlichkeit kommen werden, wie – unter kundiger Mithilfe Präsident Lukashenkos – eine diplomatische Lösung so kurz vor einem Blutbad gefunden wurde. Wir hatten danach einen grossartigen Abend – da waren eine Russin, eine Ukrainerin, ein Deutscher und ein Schweizer – alle glücklich. Nicht überrascht waren wir dann über die Beiträge der westlichen Presse am Wochenende: Die Macht Präsident Putins am Ende, das sei der Beweis, dass Russland morsch und schwach sei. Doch wen kümmert dieses hilflose Geschrei. Die Ordnung ist zurückgekehrt und es gibt sicher nur wenige Russen, welche diesen Ausgang nicht begrüssen. Ob dieser kurze Sturm auf die russische Führung beziehungsweise auf die militärische Situation in der Ukraine einen Einfluss haben wird, ist nicht absehbar. Wir werden das beobachten und versuchen uns – wie immer – von Spekulationen fernzuhalten; das überlassen wir anderen.»
Soweit Peter Häseler auf seiner «Stimme aus Russland».

«Putin ist angezählt.»

In den Kommentaren und TV-Talkshows am Sonntag in Deutschland und in der Schweiz überwog denn auch tatsächlich die Meinung, dieses Ereignis werde Russlands Präsident Wladimir Putins Position massiv schwächen – und die Freude darüber war unübersehbar. Kurt Pelda etwa, der als Sonderberichtersteller für den Schweizer Medien-Konzern CH-Media immer wieder in die Ukraine reist, durfte einen Leitartikel für die Montagsfrontseite der konzerneigenen Zeitungen schreiben, der auf diese Schlussfolgerung hinauslief: «Putin ist angezählt, und der lachende Dritte ist die Ukraine. Der Aufstand gegen die russische Armeeführung sollte nun auch dem letzten Putin-Versteher klar gemacht haben, dass dieses zerstrittene Russland den Krieg in der Ukraine nicht gewinnen kann.»

Selbst der auf Osteuropa spezialisierte Professor Ulrich Schmid von der Universität St. Gallen sagte in einem Gespräch mit der Moderatorin vom «Echo der Zeit» vom Schweizer Radio SRF am Sonntagabend sogar zweimal «Putin ist entscheidend geschwächt», oder an anderer Stelle «Die Autorität von Putin ist nachhaltig beschädigt worden», die «Zeit Putins als Garant für Sicherheit und Stabilität ist vorbei».

Eine gute Nachricht für den kollektiven Westen?

Gibt es guten Grund, sich über eine Schwächung Putins zu freuen? Deutlich differenzierter und vorsichtiger – und auch weiser – als die meisten deutschsprachigen Medien kommentierte Katrina vanden Heuvel, die Witwe des leider im Jahr 2020 an Krebs zu früh verstorbenen Russistik-Professors Stephen F. Cohen und heutige Herausgeberin der US-amerikanischen – ältesten – Wochenzeitschrift «The Nation», die Meuterei von Prigoschin. Daraus ein kurzer Auszug:

«Aus den (obsessiv) verfolgten Tweets und den giftigen TV-Auftritten der letzten Tage – bei denen ein aus beiden US-Parteien bestehender Haufen einen schon fast faschistischen Mann fürs Grobe bejubelte – wird deutlich, dass viele hier in den USA und im übrigen Westen eine solche Entwicklung (ein Auseinanderbrechen Russlands, Red.) begrüssen würden. Aber wir sollten uns auch der grossen Risiken und Gefahren bewusst sein, die ein Zerfall des russischen Staates mit sich bringen würde. Es besteht dann die erschreckende Möglichkeit, dass Russland die Kontrolle über seine Atomwaffen verliert. Es gibt die humanitäre Katastrophe einer neuen Flüchtlingskrise. Es besteht auch die reale Möglichkeit, wie russische Freunde warnen, dass es zu neuen Repressionswellen kommt: Die Sperrung des Internetzugangs, die Einführung von mehr Zensur, die Aufnahme neuer Gruppen auf die Liste der ausländischen Feinde.

Die Folgen des Showdowns bieten Präsident Biden und der NATO sowohl Chancen als auch Gefahren. Vorsicht sollte das Gebot der Stunde und das Leitprinzip der Politik sein. Washington täte gut daran, den tief verwurzelten russischen Verdacht (der nicht ganz unbegründet ist), dass die USA oder die NATO versuchen werden, die gegenwärtigen Turbulenzen auszunutzen, nicht zu schüren. Viel wichtiger ist es, eine Überreaktion in Moskau zu verhindern, sich ernsthaft um eine Stabilisierung der Beziehungen zu Russland zu bemühen und diesen Moment zu nutzen, um eine friedliche Lösung des Ukraine-Krieges zu finden.»

Katrina vanden Heuvel sei Dank!

Noch einmal: «Vorsicht sollte das Gebot der Stunde und das Leitprinzip der Politik sein.» Das ist eine äusserst kluge und sinnvolle Empfehlung an die US-Politik – und auch die Europäer sollten diese Empfehlung beherzigen. Freude über eine mögliche Schwächung Putins kann nur auf Unkenntnis der russischen Gesellschaft basieren, auf totaler Missachtung der Gefahr, dass so Nuklearwaffen in verantwortungslose Hände geraten können, auf bewusster Unterstützung des US-Anspruchs auf die militärische Beherrschung unseres ganzen Planeten, und auf – bewusster oder unbewusster – Unterstützung des neoliberalen Wirtschaftssystems, das die Reichen reicher und die Armen ärmer werden lässt – siehe die Wirtschaftszahlen der letzten Jahre.

Nochmal Katrina vanden Heuvel, schon im ersten Abschnitt ihres Kommentars: «Soon after the news broke, a Russian friend e-mailed me, “What I’m most concerned about is Russia in chaos with nukes, and someone worse than Putin coming to power.” Zu deutsch: «Kurz nach Bekanntwerden der Nachricht (über die Meuterei Prigoschins, Red.) mailte mir ein russischer Freund: «Was mir am meisten Sorgen macht, ist, dass Russland mit Atomwaffen im Chaos versinkt und dass jemand an die Macht kommt, der übler ist als Putin.»»

Genau. Putins Entscheidung, die russischen Privatarmeen unter die Führung des Verteidigungsministeriums zu stellen, war richtig. Und wir müssen hoffen, dass die Zeit Putins als Garant für Sicherheit und Stabilität nicht vorbei ist.

Siehe dazu Putins neuste kurze Rede vom Montag um 22 Uhr Moskauer Zeit.

Quelle: <https://globalbridge.ch/wie-weiter-in-russland-wenn-des-westens-wunschdenken-staerker-ist-als-die-sorgfaeltige-analyse/>

Russland – Eine interessante Betrachtung des Musiker – coups

Dienstag, 27. Juni 2023, von Freeman-Fortsetzung um 08:29



Putsch als Tarnung:

**Wie Prigoshin und Putin NATO und USA foppten
Der Putschversuch in Russland war von den USA initiiert –
ist aber von Putin und Prigoshin vereitelt worden, meint ex-CIA Legende Larry Johnson.**

Veröffentlicht: 26. Jun 2023 - Zuletzt Aktualisiert: 26. Jun 2023

Larry Johnson hat in einem brisanten Artikel auf die Möglichkeit der Absprache zwischen Putin und Prigoshin hingewiesen – um Truppenbewegungen unter den Augen der NATO ungestört durchführen zu können. Auszüge:

«Die Geschichte, dass Prigoschin Russland verraten würde, hat ihren Ursprung offenbar im Jahr 2022. Jemand mit Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten unterhielt eine Beziehung zu Prigoshin und begann, ihn über eine Zusammenarbeit mit dem Westen auszuhorchen. Prigoshin informierte seine russischen Geheimdienstchefs über das Gespräch, und die Russen beschlossen, Prigoshin als einen verärgerten Patrioten darzustellen, der vor Wut über die Unfähigkeit der russischen Führung kocht. Die Russen fütterten dies, indem sie Prigoshin bösartige verbale Angriffe auf Schoigu und Gerasimow starten liessen und, wenn wir den undichten Stellen bei Jack Teixeira Glauben schenken dürfen, sogar Informationen über die Standorte russischer Truppen an seinen Geheimdienstmitarbeiter weitergaben.

Jetzt kommt der interessante Teil dieser Hypothese: Wer traf die Entscheidung, Prigoshin (abzuschliessen)? Man könnte glaubhaft argumentieren, dass Prigoshins westliche Betreuer beschlossen, dass Freitag der richtige Tag war, und ihm den Befehl zum Einsatz gaben. Ich denke jedoch, dass dies im Kreml inszeniert wurde. Putin und seine Geheimdienstchefs wussten, was der Westen in Russland zu schüren versuchte, und sie erkannten, dass die Ukraine und die NATO von ihrer erfolglosen Gegenoffensive und den damit verbundenen massiven Verlusten an Männern und Material erschüttert waren. Warum sollte man den Putschversuch nicht als gute Tarnung für die Massenverlegung von Truppen entlang der gesamten Strecke zwischen Moskau und Rostow am Don nutzen?

Dies ist eine Möglichkeit, russische Truppen in Gebiete nördlich von Belgorod zu verlegen, ohne die unwillkommene Aufmerksamkeit der ISR-Plattformen der NATO auf sich zu ziehen. Man verlegt die Truppen näher an die Grenze und löst sie dann auf. Das bedeutet, dass Russland einen Weg gefunden hat, seine

Truppen auf einer neuen potenziellen Angriffssachse zu verstärken, die für die NATO-Planer ein Alptraum sein wird.

Stellen Sie sich den Coup wie ein Kaninchen vor, das über ein offenes Feld rennt. Hungrige Raubtiere, die sich im Wald verstecken, könnten versucht sein, sich zu entblößen, um ein Kaninchen zu fangen. Haben einige der Reaktionen in Russland auf die Nachricht von dem mutmasslichen Staatsstreich dazu beigetragen, dass der russische Nachrichtendienst Personen in Führungspositionen in Russland ausfindig machen konnte, die bisher im Stillen für die Ukraine waren? Möglicherweise.

Ich möchte auch eine witzige Möglichkeit in Betracht ziehen. Hat Prigoschin seine westlichen Auftraggeber um Millionen von Dollar betrogen? Jewgeni hat eine kriminelle Vergangenheit und ist für seine klebrigen Finger bekannt. Hat er auf seine kriminelle Vergangenheit zurückgegriffen und die Briten oder die Amerikaner betrogen? Das könnte eine grossartige Geschichte sein».

Quelle(n) Sonar21: *Russia's Academy Award Winning Performance For Best Coup, Prigozhin Sc...*

<https://zeitpunkt.ch/node/33202>

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/06/russland-eine-interessante-betrachtung.html#ixzz85pp9Qj9o>

(Anm. Billy: Namensgebung: Der Gründer der «Wagner-Söldner», Dmitri Walerjewitsch Utkin, nannte die Söldner nach Richard Wager einfach «Wagner-Söldner», wobei aber Wladimir Putin als eigentlicher Gründer genannt wird: Es soll damit die politische Präsenz Russlands in Asien und Afrika erhöhen.)

Jewgeni Prigoschins Aufstand

von Thierry Meyssan; VOLTAIRE NETZWERK | PARIS (FRANKREICH) | 27. JUNI 2023

Entgegen den Kommentaren der westlichen Presse hat Jewgeni Prigoschin nie einen Putschversuch gegen Wladimir Putin unternommen. Er wollte ihn erpressen, um die exorbitanten Privilegien zu behalten, die er seit der Gründung seines privaten Militärunternehmens angehäuft hat. Dann ist er zur Vernunft gekommen und auf seinen Posten zurückgekehrt.

Kann der «Putschversuch» von Jewgeni Prigoschin das Schicksal der Waffen in der Ukraine wenden? Das war der Wunsch der NATO, die auf diesen Aufstand hoffte und ihre stillen Agenten in Russland aufgeweckt hat. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten beabsichtigten endlich die Teilung des Landes zu erreichen, die sie 1991 nicht vollenden konnten [1].

Die Gründung privater Militärunternehmen (PMCs), einschliesslich der Wagner-Gruppe, war eine Idee, die von Präsident Wladimir Putin unterstützt wurde, um neue Befehlsformen zu testen, bevor sie ausgewählt und die besten von ihnen in der Armee umgesetzt werden. In wenigen Jahren haben diese Unternehmen tatsächlich viele Methoden getestet und oft ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt. Es war nun an der Zeit, die Umstrukturierung der russischen Armee abzuschliessen, indem man diese Gruppen auflöste und ihre Streitkräfte in die reguläre Armee integrierte [2]. Präsident Putin hatte dafür ein Datum festgelegt: den 1. Juli. Das Verteidigungsministerium hat also im vergangenen Monat Vertragsentwürfe an die verschiedenen privaten Militärunternehmen geschickt, um deren Einverleibung in die Armee durchzuführen. Doch die Wagner-Gruppe weigerte sich darauf zu antworten und Jewgeni Prigoschin verschärfte seine Beleidigungen gegen den Minister und den Stabschef.



Man muss richtig verstehen, was sich abspielt: Die Schaffung privater Militärunternehmen durch Russland ist das Gegenstück zu dem, was die Vereinigten Staaten unter Verteidigungsminister Donald Rumsfeld getan haben, als sie den Einsatz von PMCs am Rande des Pentagons vervielfachten. Anfangs funktionierte es, aber diese Firmen arbeiteten auch für die CIA und die Vermischung der Arten führte zu Serienkatastrophen. Als sie nur für das Pentagon arbeiteten, drückten sich ihre Führer öffentlich aus, wie Erik Prince von Black-

water. Aber sie haben nie Stellung bezogen gegen den Verteidigungsminister oder den Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff.

Es sei im Übrigen gesagt, dass weder die US-Soldaten von Blackwater noch die russischen Soldaten von Wagner Söldner sind. Sie kämpfen für ihr Land und werden dafür bezahlt, unverhältnismässige Risiken einzugehen, die von regulären Soldaten nicht verlangt werden können. Im Gegenteil, Söldner kämpfen unter dem Kommando einer fremden Macht für Geld.

Die Tatsache, dass ein Leiter eines privaten Militärunternehmens zwei Monate lang und noch dazu inmitten einer Militäroperation hetzerische Videos gegen die Befehlshaber der regulären Armeen veröffentlicht, würde in keinem Staat toleriert werden. Aber das war genau der Fall mit Jewgeni Prigoschin in Russland. Die Korrespondenten, die wir in diesen zwei Monaten interviewt haben, waren alle der Meinung, dass der Kreml ihn schreien liess, um die Aufmerksamkeit des Westens zu erregen und ihm die Reorganisation der regulären Armeen zu verheimlichen. Manche begannen ihre Augen zum Himmel zu erheben, als im März von einer Kandidatur Prigoschins für das ukrainische Präsidentenamt die Rede war: Hatte der Gauner seinen Verstand verloren?

Die westlichen Geheimdienste konzentrierten sich seit Beginn der Militäroperationen in der Ukraine auf Jewgeni Prigoschin. Am 18. März enthüllten sie tausend Dokumente über seine Aktivitäten [3]. Es ging ihnen darum, das von Prigoschin aufgebaute Netzwerk von Gesellschaften aufzudecken, um dem Vorwurf Glaubwürdigkeit zu verleihen, Russland sei keine antikoloniale Macht, da Wagner Afrika plündert. Aber letztendlich zeigen diese Dokumente, dass Prigoschin ein Gauner ist, aber nicht, weil er die Länder, mit denen er zusammenarbeitet, bestiehlt.

Er beteiligte sich an der Jagd auf die Korruption innerhalb der russischen Armeen, was ihn jedoch nicht daran hinderte, Korruption ausserhalb der Streitkräfte zu entwickeln. Es ist möglich, dass der Westen dank dieser Ermittlungen einen Weg gefunden hat, ihn zu manipulieren: Der Mann war sowohl ein Patriot als auch ein erwiesener Gauner, der in der Sowjetunion verurteilt wurde. Wir wissen nichts Sicheres und werden es auch nicht wissen können, bis diese Angelegenheit vorbei ist.

Dennoch hat sich Jewgeni Prigoschin auf ein Unternehmen eingelassen, das den Oligarchen der Jelzin-Ära würdig ist. Er versichert, dass der Verteidigungsminister, der aus Tuwa (Sibirien/Mongolei) stammende Sergej Schoigu, nach Rostow am Don gereist sei, um die Bombardierung von Wagners Truppen zu überwachen. Er wirft ihm vor, Tausende seiner Männer ermordet zu haben. Schliesslich verliess er die Front, um nach Rostow am Don zu kommen, um das Hauptquartier der regulären Armeen in Besitz zu nehmen. Er kündigte an, dass er mit seinen 25000 Mann auf Moskau marschieren werde, um mit dem Verteidigungsminister und dem Generalstabschef abzurechnen.

In seinem jüngsten Video sagte er: «Wir waren bereit, dem Verteidigungsministerium Zugeständnisse zu machen, unsere Waffen abzugeben, eine Lösung zu finden, wie wir das Land weiterhin verteidigen würden (...) Heute haben sie Raketenangriffe auf unsere Lager gestartet. Viele Soldaten sind gefallen. Wir werden entscheiden, wie wir auf diese Gräueltat reagieren. Die nächste Runde gehört uns. Diese Kreatur [der Verteidigungsminister] wird verhaftet werden.»

Wagner verfügt zwar über 25'000 Mann, aber nicht nur an der ukrainischen Front. Viele sind in Asien und Afrika stationiert. Obwohl Wagner auch über Flugzeuge verfügt, ist seine Luftwaffe im Vergleich zu der der regulären Armeen unzureichend, seine Kolonne wäre bombardiert worden, ohne dass er sie hätte schützen können.

In weniger als einem Tag erneuerten alle Behörden der Russischen Föderation ihre Loyalität zum Kreml. Präsident Wladimir Putin trat im Fernsehen auf. Er erinnerte an den Präzedenzfall von 1917, als Lenin das zaristische Russland aus dem Ersten Weltkrieg zurückzog, obwohl es kurz vor dem Sieg stand. Er rief alle dazu auf, Verantwortung zu übernehmen und der Heimat zu dienen statt einem persönlichen Abenteuer. In dieser Rede lobte Wladimir Putin die Tapferkeit der Wagner-Soldaten, von denen viele für das Vaterland fielen. Er machte sie daher nicht für die Situation verantwortlich, sondern forderte sie auf, ihrem Führer nicht gegen den Staat und damit gegen das Volk zu folgen.

Zum Abschluss seiner kurzen Ansprache an die Nation schloss Präsident Wladimir Putin mit den Worten: «Wir werden retten, was uns lieb und heilig ist. Wir werden alle Prüfungen bestehen, wir werden noch stärker werden.»

Diese Intervention wurde in einer Schleife auf russischen Fernsehsendern ausgestrahlt und dramatisierte die Situation.

Der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation hat Ermittlungen gegen Prigoschin wegen «Organisation eines bewaffneten Aufstandes» eingeleitet.

Die ukrainischen Behörden haben in sozialen Netzwerken einen Aufruf an die belarussische Opposition gestartet, die russische Unordnung auszunutzen, sich zu erheben und Präsident Alexander Lukaschenko zu beseitigen [4].

Die russischen Geheimdienste, die alle Protagonisten beobachteten und von Anfang an im Hintergrund wachten, liessen die Verräter, die sich in Belarus und Russland selbst enttarnt hatten, auf frischer Tat verhaften.

Im Laufe des Tages kontaktierte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko, den sein russischer Amtskollege angerufen hatte, Jewgeni Prigoschin und hat ihn überzeugt, seine Pläne aufzugeben und seine Truppen wieder an die Front zu bringen. Wladimir Putin hat sein Wort gegeben, das von dem Rebellen unterzeichnete Abkommen zu respektieren. Letzterer kündigte an, auf den Sturz von Schoigu und Gerassimow zu verzichten.

Ende der Geschichte.

Erste Bemerkung: Es hat nie einen Versuch eines «Staatsstreichs» gegeben. Wagner hatte nicht die Fähigkeit, Moskau einzunehmen, und Prigoschin hat Präsident Putin nie wörtlich angegriffen. Letzterer hat übrigens so etwas nie angeprangert, sondern «einen Dolchstoß in den Rücken» der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine.

Meine zweite Bemerkung ist, dass es sich auch nicht um eine «Meuterei» handelt. Wagner hängt nicht vom Verteidigungsminister ab, sondern direkt vom Präsidium. Prigoschin rebellierte gegen dieses und nur gegen dieses. Seine einzige Forderung war, von den regulären Armeen unabhängig zu bleiben. Wenn er bereit war, seine militärischen Aktivitäten aufzugeben, klammert er sich an die damit verbundenen Angelegenheiten, die er auf allen Operationsgebieten, auf denen er präsent ist, entwickelt hat. Der Mann ist, wie gesagt, sowohl ein Patriot als auch ein Gauner.

Dritte Bemerkung: laut den Worten von Präsident Putin handelt es sich um eine «bewaffnete Rebellion» und eine «Aufgabe des Postens». Wagner hat die Front verlassen, aber die Ukrainer wagten oder konnten den Teil der Front, den er verlassen hatte, nicht angreifen. Es gibt nichts Verabscheuungswürdigeres für Russen als Verteidiger, die ihre Stellung verlassen. Aus diesem Grund hatte Prigoschin am Vortag ein Video veröffentlicht, in dem er versicherte, dass Kiew den Donbass in den vergangenen acht Jahren nicht bombardiert habe, was jedoch den Beobachtungen der OSZE und des UN-Sicherheitsrats schamlos widerspricht. Zu seinem Unglück können die Russen auch nicht ertragen, wenn ihr guter Glaube in Frage gestellt wird.

An dieser Stelle ist eine weitere Bemerkung angebracht: Obwohl er gegen Präsident Putin revoltierte, hat Prigoschin niemanden getötet. Seine Truppen marschierten ohne Widerstand in Rostow am Don ein. Die regulären russischen Truppen haben Wagners Hauptquartier in St. Petersburg nicht angegriffen. Prigoschins Männer marschierten nicht auf Moskau. Das Verteidigungsministerium hat offenbar keine einzige Rakete auf Wagners Soldaten abgefeuert. Der Generalstaatsanwalt hat den Fall von Rebellion abgeschlossen. Wagners Milizionäre, die sich nicht am Aufstand beteiligt haben, wurden sofort in die reguläre Armee aufgenommen. Drei Einheiten kehrten an die Front zurück. Das Schicksal der Milizionäre, die an der Rebellion teilgenommen haben, wird von Fall zu Fall behandelt.

Am Ende ist der Staat nicht geschwächt worden. Die beiden Gewinner sind die Russische Föderation und Weissrussland. Tatsache bleibt, dass in den Köpfen der Russen diese ganze Angelegenheit weitgehend inszeniert war: Es gab einen drohenden Aufstand, der sich sofort auflöste. Das Einzige, was bleiben wird, ist die Infragestellung der Qualität der militärischen Führung; Eine ärgerliche Idee, trotz des Glaubens der Bevölkerung an den Opfergeist ihrer Soldaten.

Am Ende dieser seltsamen Episode sprach Präsident Putin erneut im Fernsehen. Er lobte erneut die Wagner-Kämpfer und rief sie auf, sich den regulären Armeen, den Geheimdiensten oder anderen Sicherheitskräften anzuschließen. Er stellte sie auch vor die Wahl, nach Hause zurückzukehren oder sich Prigoschin in Belarus anzuschließen.

In den russischen sozialen Netzwerken kursieren alle möglichen Hypothesen. Die Überraschendste ist, dass Wagner ohne die Hilfe des Verteidigungsministeriums, das ihn mit Treibstoff versorgt, nicht rebellieren und auf die Hauptstadt marschieren konnte.

In den kommenden Wochen sollte man die letzte Phase der Transformation der russischen Armee erleben. Es ist keineswegs sicher, dass diejenigen, die gestern aneinandergeraten sind, sich als Gegner erweisen.

Thierry Meyssan, Übersetzung: Horst Frohlich

Korrekturlesen: Werner Leuthäusser

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219560.html>

Das Ende der Herrschaft des weissen Mannes

Von Hans-Jürgen Geese

Im Jahr 2009 kam das Buch «Die Angst des weissen Mannes» von Peter Scholl-Latour heraus. Das Buch trug den Untertitel «Ein Abgesang». 14 Jahre später kann man ohne eine Spur des Zweifels bestätigen: Der Mann hatte recht. Gott sei Dank. Die Welt atmet auf. Warum? Nun, der Abgesang des weissen Mannes könnte der Welt endlich den lang ersehnten Frieden bescheren.

Peter Scholl-Latour war wohl der grösste Journalist, den Deutschland nach dem 2. Weltkrieg hatte. Mit unbestechlicher Aufrichtigkeit berichtete er aus einer Welt im Wandel. Die Botschaft: Nach 500 Jahren Kolonialherrschaft verliert jetzt der weisse Mann die Kontrolle über die Welt.

Noch kämpft der weisse Mann allerdings dagegen an, noch will er sich nicht mit dem Unvermeidlichen abfinden. Der symbolische und blutig konkrete Schauplatz dieses Todeskampfes findet in der Ukraine statt. Die Entscheidungsschlacht. Mit Erschrecken stellt der wie stets siegessichere, aggressive Westen fest, dass die alten, dass die altbewährten Tricks und Täuschungen und Lügen nicht mehr verfangen. Und vor allem reicht die Kraft nicht mehr aus, um einen doch vermeintlich schwächeren Gegner zu besiegen. Nur noch Armageddon verbleibt als weitere Eskalation eines Verbrechens, welches die total verkommene Moral des Westens, des weissen Mannes, aufzeigt. Die Welt wendet sich angewidert ab.

Die Moral des Westens

Im Jahr 1403 erklärte Papst Benedikt VII. in einer Bulle, dass die Eingeborenen «ungläubige Häretiker» seien und damit zur Versklavung benutzt werden dürfen.

Im Zeitraum von 1501 bis 1867 wurden auf einer geschätzten Anzahl von 42'500 Seefahrten etwa 12,5 Millionen Afrikaner von der Westküste Afrikas nach Amerika gekarrt. Weitere Millionen von Afrikanern starben bereits auf dem Weg zu den Auslaufhäfen an der Westküste Afrikas oder während der Überfahrt.

Der Grössenwahn der Kirche fand seinen Höhepunkt im Jahr 1494, als Papst Alexander VI. in dem Vertrag von Tordesillas die Welt zwischen Spanien und Portugal aufteilte. Was allerdings die anderen europäischen Länder nicht davon abhielt, sich ihren Anteil an der Welt zusammenzurauben. Ihre überlegene Waffentechnik gab ihnen das Machtmittel für ihre Verbrechen in die Hand.

Und so zogen sie los und machten sich die Welt untertan.

Die Neue Welt

Es heisst, der Mensch sei ein Gewohnheitstier. Er kann sich an wirklich vieles gewöhnen. Selbst an die schlimmsten Auswüchse seiner dunkelsten Seiten.

Nach der Entdeckung des amerikanischen Kontinents wurde es für den weissen Mann bald zur Gewohnheit, sich zu nehmen, was er haben wollte. Mit der Waffe in der Hand. Der horrende Völkermord in der Geschichte der Menschheit geschah. Nur ein toter Indianer war ein guter Indianer. Dennoch: Als Ende des 19. Jahrhunderts endlich der gesamte Westen der Vereinigten Staaten erobert war, hätte doch endlich Frieden auf Erden einkehren können. Denn das reichste Land der Welt hatte die Macht dazu. Die Macht der Entscheidung: Krieg oder Frieden. Aber die Gewohnheit wurde zum Fluch. Eroberung wurde zur Sucht.

Und so machten die Amerikaner weiter. Ab 1898 bauten sie sich ein Imperium auf. Mittlerweile verfügen sie über mindestens 800 Militärstützpunkte weltweit.

Die Bilanz ihres Gierens: Seit 1776 hatten die Vereinigten Staaten von Amerika lediglich 17 Jahre Frieden. 17 Jahre in ungefähr 250 Jahren. Trotzdem gelten die Amerikaner nach wie vor als die edelsten Menschen auf Erden. Und deswegen hat noch nie jemand gewagt, über Amerika ein Boykott zu verhängen oder Amerika mit Sanktionen zu bestrafen. Im Gegenteil: Amerika bestimmt, wer mit Sanktionen bestraft wird. Über 30 Länder werden aktuell mit Sanktionen belegt.

So hätte es gnadenlos noch immer weitergehen können, noch über viele Jahre. Aber im Jahr 2022 trat ein Ereignis ein, das derart von den Geisteskranken im Westen nicht vorgesehen war. Eines dieser zur Kolonisierung ausersehenen Länder wehrte sich. Das hatte es nur selten gegeben. Ja, die Russen wehrten sich. Die Russen verweigerten die Unterwerfung. Die ersten, seit Deutschland, das vor langer Zeit vergeblich versucht hatte. Frage: Werden die Russen Erfolg haben?

Die Selbstzerfleischung Europas

In einem Zeitraum von etwa 100 Jahren hatten sich die Amerikaner Europa unterworfen. Selbst den Osten beherrschen sie mittlerweile. Bis an die russische Grenze heran. Und dort, in dem Grenzland mit Namen Ukraine, hatten sie über einen Zeitraum von etwa 8 Jahren eine mächtige Armee aufgebaut, die sie auf die Russen loslassen wollten. Das dadurch geschwächte Russland würde ihnen dann wie eine reife Frucht in den Schoss fallen. So der Plan. Blut sollte wieder in Europa fliessen. Vor allem russisches Blut. Europa, neben China der Hauptkonkurrent Amerikas, würde dadurch weiter geschwächt werden. Die Amerikaner nennen das: «Win, Win». Sie gewinnen gleich zweimal. Ein genialer Plan.

Und so redeten sie mit missionarischem Eifer auf die Europäer ein, die, abgesehen von ein paar aufgeweckten Querulanten, noch immer unverdriesslich das alte Mantra herunterleiern: «Wir haben Demokratie.» Und dafür lohnt es sich zu sterben. Für Freiheit und für Demokratie. Freiheit und Demokratie sind das Opium für die europäischen Völker. Ein betörender Rausch von Illusionen.

Dabei hätte nach dem Fall des Eisernen Vorhanges eigentlich bereits der wahrhaftige, ewige Frieden ausbrechen können. Die russischen Präsidenten Gorbatschow, Jelzin und Putin hatten doch geradezu die Europäer angefleht, Russland in den Westen zu integrieren. Sogar in die NATO. Sie wussten nicht, dass der Westen Russland als Beute, als billige Rohstoffquelle vorgesehen hatte. Der Westen wollte nicht Partnerschaft. Der Westen wollte Unterwerfung. Denn der Westen in seiner Gier kann einfach nicht ablassen vom Erobern und Beherrschen.

Das rohstoffreichste Land auf Erden muss daher unbedingt in den kapitalistischen Machtbereich einbezogen werden und unter der Kontrolle von kapitalistischen Mächten stehen. So wie es seit 500 Jahren üblich ist. Und so nah war man dem Ziel bereits vor etwa 30 Jahren, in den Zeiten von Boris Jelzin, dass die Wut verständlich ist, die vom Westen auf Russland entfesselt wurde und wird. Denn nach all den Investitionen kann man doch unmöglich sich abwenden vom grössten aller Preise auf Erden. Was tun? Die Russen beharrten auf ihrer Unabhängigkeit. Es blieb also nur noch der Krieg. Von langer Hand vorbereitet, mit Hinterhältigkeit und ohne Gnade durchgeführt. Ein gerechter Krieg musste her. Mit Russland als dem Schuldigen. Mit der Ukraine als dem Schlachtfeld.

Die Krim

Peter Scholl-Latour starb im August 2014. Sie mögen sich erinnern, dass Russland im Februar 2014 die Krim besetzte. In einem der letzten Interviews vor seinem Tode erinnerte Scholl-Latour an die Versprechen, die Gorbatschow 1990 gemacht wurden. Er sagte, er verstehe, warum Putin tat was er machen musste. Peter Scholl-Latour war ein Ehrenmann. Er wusste, dass das Wort eines Ehrenmannes mehr wert ist als alles Gold der Welt. Aber das ist nicht die Moral in der kapitalistischen Welt heute. Das ist nicht die Moral der Amerikaner. Sie brachen ihr Ehrenwort, das sie den Russen gegeben hatten. Ja, die Amerikaner (die Vasallen in Europa haben nichts zu sagen) brachen ihr Wort und hatten dann die Frechheit, die Konsequenzen ihrer Verbrechen als Verbrechen der anderen Seite darzustellen. Sie gehen davon aus, dass der Rest der Welt so verrückt und schändlich ist wie sie selbst. Aber da irren sie.

Putin und die Mehrheit der Welt wollen nicht mehr mit uns spielen

Eines der wichtigsten Naturgesetze auf Erden lautet: Wie im Kleinen, so im Grossen. Wir im Westen zelebrieren den Egoismus, die Vorherrschaft des Willens des Einzelnen, der sich nehmen kann was er will, ohne irgendeine Beschränkung. Das Wohl des Einzelnen steht über dem Wohl der Gemeinschaft. Der Egoismus des Individuums findet sich wieder in dem Egoismus der Länder der westlichen Welt. Dieser Egoismus führte und führt zu einer gnadenlosen Ausbeutung der Ressourcen dieses Planeten. Der weisse Mann nimmt sich was er haben will. Er hätte noch so weitermachen können, über viele Jahre, wenn er seine Gier ein wenig unter Kontrolle gehabt hätte, wenn er Russland in Ruhe gelassen hätte. Denn als der Westen Russland schlucken wollte, da verschluckte sich der Westen und läuft jetzt Gefahr, daran zu ersticken. Vladimir Putin hat es gewagt sich zu wehren und es stellt sich heraus, dass einige dieser einst armseligen, technisch unterlegenen Länder mittlerweile dem Westen technisch überlegen sind. Aber sagen Sie das bloss nicht weiter. Sonst kriegen Sie Ärger.

Das Karma dieser Welt

Warum bekommen Sie dann Ärger? Weil wir doch alle wissen, dass der Russe ein böser Mensch ist. Die Russen sind böse. Wir sind die Guten. Wir sind immer die Guten. Und der beste, der edelste aller Menschen, ist der Amerikaner. Beweis:

Wann haben Sie das letzte Mal in der Tagesschau gehört, dass in Russland etwas ganz grossartiges passierte und dass wir uns alle mit den Russen freuten? Das passiert nicht, denn Russland ist das Reich des Bösen. Dort passieren nur schreckliche Dinge. Und zwar immer. Diese Geschichte wird den intelligenten Menschen im Westen ins Hirn getrommelt. Das Resultat: Die glauben diesen Schwachsinn tatsächlich. Zumindest die meisten. Diese armen Schweine verleugnen ihr wahres Menschsein. Ihre im Unterbewussten schlummernde Religion lautet: Viel haben, nichts sein. Aber ist der Mensch wirklich nicht mehr als die Summe seiner Güter? Ist es korrekt, wenn ich sage, dass ich bin was ich habe?

Für Milliarden von Menschen ist das nicht genug. Für Milliarden von Menschen gibt es so etwas wie Karma, eine Art von «Religion» deren Moral auf den Grundpfeilern von Menschlichkeit und Mitleid und Hilfsbereitschaft beruht.

Wir im Westen haben diese Beschränkung unserer Begierde von uns geworfen. Wir streben nicht nach Harmonie mit unserem Mitmenschen und Harmonie mit der Schöpfung. Wir haben uns einem ungezügelten Materialismus und einer hemmungslosen Konsumgesellschaft verschrieben, die mit Karma nichts anfangen kann. Als Konsequenz finden Sie im Westen Millionen von Geisteskranken. Denn der Mensch hat tatsächlich eine Psyche, ein Karma. Wer hätte das gedacht? Vielleicht sogar eine Seele? Und diese Psyche, dieses Karma, diese Seele, die kann man nicht bei MacDonalds befriedigen? Nicht mal mit dem neuesten iPhone?

Wie im Kleinen so im Grossen. Eine Gesellschaft von Geisteskranken schickt in ihre Regierung eine Ansammlung von Psychopathen. Das sind kranke Wesen, die ihr kriminelles Verhalten auf den Rest der Welt projizieren und diesen Rest der Welt dann mit eben jenen Verbrechen anklagen, die sie selbst begehen.

Der Rechtsstaat

Wir posaunen doch immer so stolz daher, dass wir im Westen einen Rechtsstaat haben, vor dem doch tatsächlich alle gleich seien. Und ähnliche Märchen. Es gibt eine hübsche Geschichte, die die Wahrheit der Logik dahinter aufzeigt:

In einer kleinen Stadt im Westen der Vereinigten Staaten wurde im 19. Jahrhundert ein Fremder beschuldigt, ein Pferd gestohlen zu haben, ohne dass es Beweise dafür gab. Ein Tumult entstand, die Leute forderten erregt Gerechtigkeit. Der Mob wollte sogleich zur Tat schreiten und schrie: «Wir wollen ihn aufhängen!» Der Sheriff erschien und erinnerte an den Rechtsstaat: «Wir wollen eine Gerichtsversammlung abhalten. Recht ist Recht. Und dann hängen wir ihn auf.» Alles muss zumindest dem Anschein nach den Regeln von Demokratie und Recht und Ordnung entsprechen. Das Problem ist, dass diese Heuchelei aufgefliegen ist. Ich würde heute Putin zehnmal mehr vertrauen als irgendeinem Politiker im Westen. Putin ist fähig, eine ehrliche Beziehung, eine Freundschaft gar aufzubauen. Und wie oft hat er versucht, diese Freundschaft den Deutschen anzubieten?

Die neuen Regeln auf Erden, wie der Osten der Welt sie praktiziert

Merke: Wenn Sie nicht in der Lage sind, Vertrauen zu anderen Menschen aufzubauen, dann haben Sie im Osten nichts verloren.

Ich hatte das Privileg, 15 Jahre in Asien zu arbeiten. Ich hatte Erfolg, weil es mir gelang, das Vertrauen von all diesen Geschäftspartnern zu gewinnen. Mein Wort war mein Wort. Viele meiner Kunden hätten sich meiner Konkurrenz zuwenden können. Aber sie vertrauten mir. Ich hatte Interesse an ihrem Erfolg. Ich wollte ihnen helfen. Und dabei natürlich auch Geld verdienen. Erfolg für beide Seiten.

Wenn Sie sich als Mensch verhalten, werden Sie als Mensch behandelt. Es ist wirklich nicht kompliziert. Das war auch einst einmal so im Westen. Aber das hat sich geändert. Im Westen können Sie heutzutage lügen und betrügen und die Welt über den Tisch ziehen. Das wird Ihnen von Leuten wie Biden oder Trump vorexerziert. Mit Erpressung und Gewalt wollen die Erfolg für sich erzwingen.

Wissen Sie, dass es zwischen Russland und China keinen schriftlichen Vertrag für deren Zusammenarbeit gibt? Putin und Xi vertrauen einander. Deren Wort hat einen Wert.

Was ist das Wort von Joe Biden wert? Der Mann ist ein Krimineller. Die Welt wendet sich ab von dem Mann. Der stiehlt Öl in Syrien, von einem unabhängigen Land, das sich nicht wehren kann. Denn Onkel Joe hat seine Armee geschickt.

Selbst die Saudis wenden sich von Amerika ab. Wer will mit selbstverliebten Gangstern zu tun haben, die letztendlich immer mit ihrer Armee drohen?

Die Deutschen müssten Putin dankbar sein

Warum ist Putin so populär in der Welt? Denn das ist er tatsächlich. Weil er der erste ist, der den Amis Paroli bietet, der sagt: «Nein, wir lassen uns nicht erpressen.» Und dafür zahlen die Russen jetzt einen hohen, einen sehr hohen Preis.

Eigentlich hätten die Deutschen aufschreien müssen. Sie hätten die Amerikaner vor langer Zeit bereits aus ihrem Land jagen müssen. Aber dazu waren sie zu feige. Jetzt macht das Putin für sie. Und als Dank schicken sie ihm Panzer auf den Hals und verunglimpfen seinen Namen. Die Deutschen haben keine Scham mehr.

Die Deutschen haben keinen Stolz mehr. Sie haben vor allem keine Vorstellung mehr von Ehre. Das kommt davon, wenn man sich mit Verbrechern einlässt.

Karma ist ein Konzept, das besagt, dass Deine Handlungen Konsequenzen haben. Du kannst das verleugnen und dich zu Deinem Vorteil in dieser Welt hemmungslos austoben. Aber eines Tages wirst Du dafür bezahlen müssen. Dieser Tag ist gekommen. Der Westen ist jetzt an dem Punkt angelangt, wo die Konsequenzen von Fehlverhalten den Westen eingeholt haben, die moralischen Konsequenzen wohl gemerkt, die bewirken, dass der Westen aus der Gemeinschaft der Völker ausgestossen wird. Wer will mit solch verurteilten Wesen noch zu tun haben?

Meinen Sie, dass die Völker dieser Welt sich auf die neue, perverse «Philosophie» des Westens einlassen wollen, die besagt, dass Geschlechter keine Rolle mehr spielen, dass Perversität gut ist, dass Moral der Vergangenheit angehört, dass alles erlaubt ist, vor allem wenn es Geld einspielt? Wer will mit solchen Perverslingen zu tun haben, die nicht einmal sich selbst und ihre Kinder respektieren?

Was ist ein Chinese?

Sie können versuchen, einen Chinesen zu verstehen. Oder China. Es wird Ihnen nicht gelingen. Ich habe einen Freund, ein Professor für Sinologie, der spricht Mandarin. Aber er würde niemals als Chinese durchgehen. Denn er ist kein Chinese. Glauben Sie, dass die Chinesen Millionen von Weissen ins Land liessen?

Die absurde Vorstellung, dass wildfremde Menschen nach Europa kommen und dann Franzosen oder Deutsche oder Polen werden ist total verrückt. Und wird niemals funktionieren. Aber die Deutschen machen das trotzdem. Warum? Weil sie krank sind. Sie haben sich eingeredet, besser, man hat ihnen eingeredet, das tun zu müssen. Obwohl ihr Verhalten gegen alle Naturgesetze verstösst. Obwohl ihr Verhalten gegen ihre eigenen Interessen verstösst. Sie machen es trotzdem. Krankes Verhalten. Wenn Sie, als Individuum, sich ähnlich verhielten, würde man Sie zum Arzt schicken. Aus gutem Grund. Diagnose: Sie lieben sich nicht.

Das mindeste, was man gegenüber jeder Kultur aufbringen sollte, ist Respekt. Aber der Fremde muss auch Respekt gegenüber meiner Kultur aufbringen. Die Zeiten des Kolonialismus sind vorbei. Für alle Völker. Es ist also nicht in Ordnung, dass die einst kolonisierten Völker uns jetzt kolonisieren wollen. Die entsprechende Denkweise ist obsolet. Wie unsere einstige Arroganz.

Denn auch unsere Arroganz wird auf der Strecke bleiben. Wir werden erkennen: Nicht nur sind die Russen und die Chinesen uns gleichgestellt. Die Überlegenheit ihrer Kulturen mag sie gar prädestinieren, unsere Gesellschaften zu überflügeln.

Merke: Die Chinesen bauten ihre schöne Mauer, um sich zu verteidigen. Die haben nicht vor, irgendwelche Länder zu erobern. Warum sollten sie das tun? Sie wollen Chinesen bleiben und sich nicht ihre wunderbare Kultur von Millionen von Zugereisten oder Vasallen versauen lassen. Ähnliches gilt für Russland.

Wir denken, dass alle so sind wie wir. Es brauchte 500 Jahre bis wir erkannten, dass trotz all der Päpste und der grossartigen Zeit der Aufklärung und der tollen Technologien, die wir erfanden, dass wir es trotzdem als Mensch nicht weit gebracht haben. Ich hoffe, der Rest der Welt wird es besser machen.

Die deutsche Tragödie

Wenn Sie als Deutscher oder als Deutsche wüssten, wie Sie verarscht wurden, Sie würden drei Tage und drei Nächte in Ihr Kissen heulen. Aus Scham. Es war und ist schlimm in der westlichen Welt allgemein, aber es war und ist ganz besonders schlimm in Deutschland. Warum? Weil die klügsten Menschen in Deutschland lebten und es unbedingt erforderlich war, die klügsten Menschen vor allem in die unwissendsten Menschen zu verwandeln. Und das gelang ganz hervorragend.

Über all die Jahrhunderte sind die Chinesen immer Chinesen geblieben, verwurzelt in ihrer Kultur. Diese Wurzeln waren stark genug, so dass die chinesische Kultur die hundert Jahre der Beherrschung durch den Westen überlebte.

Über all die Jahrhunderte sind die Russen immer Russen geblieben. Verwurzelt in ihrer Kultur haben sie alle Mühsal und alle Grausamkeiten überlebt und sind heute noch immer die Russen wie vor hundert Jahren.

Die wahre Tragödie Deutschlands ist, dass die Deutschen nach 1945 die deutsche Kultur abstreiften und zu einer Kopie der Amerikaner werden wollten. Aber die Amerikaner haben keine Kultur. Jetzt stehen die Deutschen nackt und bloss da. Sie haben alles verloren. Vor allem sich selbst.

Wenn noch irgend etwas von der deutschen Kultur zu retten sein wird, dann sicherlich nicht in diesem Konstrukt mit Namen Bundesrepublik Deutschland.

Viele Lektionen sind zu lernen. Die wichtigste: Ein Volk kann nur ein Volk sein, wenn alle zusammenhalten, wenn jeder im Volk Dienst in dieser Gemeinschaft leistet. Daher war die Wehrpflicht eine gute Idee. Man müsste so eine Pflicht für alle (alle!) gesunden jungen Menschen wieder einführen, z.B. zwei soziale Jahre. Nur in der Herausforderung und in der Erfahrung von Gemeinschaft wird der einzelne Mensch und wird die Gemeinschaft stark.

Wenn Sie sich anschauen was in Russland passiert, ergreift Sie die erstaunliche Erkenntnis, dass in der Herausforderung durch den Westen Russland viel stärker geworden ist, wahrscheinlich stärker als je zuvor in seiner Geschichte. Die russische Seele ist gesund und stark. Weil der Russe Russe sein darf.

Wie gesagt: Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Alle Menschen. Die Deutschen haben Gewohnheiten angenommen, die ihnen Schaden zugefügt haben. Diese Gewohnheiten müssen sie ablegen. Das ist ein Prozess, der lange dauern und der sehr schmerzlich sein wird. Ich hoffe, dass die Deutschen dann ihre Kultur wiederfinden. Und in dieser deutschen Kultur werden sie auch sich selbst wiederfinden. Man kann nicht sein, was man nicht ist. Blut ist dicker als Coca Cola.

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen? Ist es nicht beeindruckend, wie Hans-Jürgen Geese vom anderen Ende der Welt die Lage auch in Deutschland treffend analysiert? Da können wir Ihnen nur empfehlen, das Werk desselben Autors zu geniessen. Mit dem Titel «Ausverkauf vom Traum Neuseeland» spannt Geese den Bogen von Neuseeland zu Deutschland. Seine messerscharfen Analysen zeigen auf, wie die Bürger weltweit von den immer gleichen Akteuren mit den immer gleichen Methoden unterdrückt und ausgebeutet, ja zu Sklaven gemacht werden. Täuschen Sie sich nicht. Was Geese in Neuseeland wie unter dem Brennglas aufzeigt, findet auch in Deutschland statt. Es ist nur nicht so leicht zu erkennen. «Ausverkauf vom Traum Neuseeland» ist erhältlich im Buchhandel oder bestellen Sie Ihr Exemplar direkt beim Verlag hier.

Hier können Sie eine Rezension zu diesem Werk ansehen:

<https://www.anderweltonline.com/kultur/kultur-2020/ausverkauf-vom-traum-neuseeland-wie-ein-bluehendes-land-verramscht-wurde/>

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/das-ende-der-herrschaft-des-weissen-mannes/>



Ein Artikel von: Tobias Riegel; 27. Juni 2023 um 10:24

Wenn sich Paraden einer «Gegenkultur» von Waffenschmiedern sponsern lassen, dann ist das Teil und Ergebnis der aktuellen Propaganda zur Verniedlichung des Militärischen. Die «Normalisierung» von Krieg und Rüstung wird mit Macht vorangetrieben, sie ist erfolgreich und sie trifft auf viel zu wenig Gegenwehr.
Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Der laut Medien grösste Waffenfabrikant der Welt, die US-Firma Lockheed Martin, hat an der diesjährigen «Pride Parade» in Washington DC teilgenommen (siehe Titelbild und das unten folgende Bild). Etwa laut dem US-Medium «Military News» wurde auch ein Pride-Event in Texas von Lockheed gesponsert. Eine solche Instrumentalisierung der Regenbogenkultur ist kein Einzelfall: Im Artikel «Wenn der Regenbogen zur Farce wird» hat Jens Berger bereits beschrieben, dass weitere Rüstungsfirmen, Autokonzerne, private Lobby-Gruppen oder staatliche Organe wie die deutsche Polizei oder die EU-Grenzschützer Frontex inzwischen auf den Regenbogen-Zug zur Eigen-PR aufgesprungen sind. Die zehn momentan grössten deutschen Rüstungsunternehmen finden sich unter diesem Link.

Russel Brand fragte anlässlich des aktuellen Vorgangs bei der Pride-Parade in einer seiner kürzlichen Sendungen treffend, ob es denn verwunderlich sei, dass Krieg gesellschaftlich so akzeptabel geworden zu sein scheint, wenn sogar ein Event, das doch einer Gegenkultur entstamme wie der «Pride-Month», nun von Lockheed Martin gesponsert werden dürfe.

Ich finde es bereits fragwürdig, wenn Zuckerdrinks grosse Sportveranstaltungen instrumentalisieren dürfen. Aber die Akzeptanz von Waffenschmiedern auf der eigenen Bühne ist ein erheblicher Schritt weiter – das findet auch Russel Brand: «Das ist Lockheed Martin! Sie produzieren Waffen, die auf die Kinder des Feindes niedergehen.» Wie könne man das noch übertreffen, fragt er, wo sei noch die Grenze, wenn man solches Geld annehme? Ein Twitter-Nutzer bringt die massiven moralischen Doppelstandards auf den Punkt: «Lockheed Martin möchte, dass Sie wissen, dass sie – obwohl sie Saudi-Arabien mit Raketen und anderer Militärausrüstung bewaffnen – grosse Unterstützer von LGBT-Rechten sind.»

Verniedlichung des Militärischen

Der Vorgang illustriert neben der Heuchelei von Seiten des Waffenkonzerns eine massive Verniedlichung des Militärischen, die auf viel zu wenig gesellschaftlichen Widerstand trifft. Leider muss man davon ausgehen, dass sogar solche offenen Strategien zur «Normalisierung» von Krieg und Waffenschmiedern erfolgreich sind – und das sagt einiges über die Wehrhaftigkeit unserer Psychen gegenüber Propaganda aus, wenn es sogar so deutlich sein darf.

Neben dem politischen «White-Washing» und «Green-Washing» gibt es also auch das «Pink-Washing», das Wikipedia folgendermassen beschreibt: «Strategien, die durch das Vorgeben einer Identifizierung mit der LGBT-Bewegung bestimmte Produkte, Personen, Organisationen oder Staaten bewerben, um dadurch modern, fortschrittlich und tolerant zu wirken.» Entsprechend finden sich auch in der aktuellen Kriegspropaganda zahlreiche Vokabeln wie «divers», ein Ausdruck, der wegen seiner teils irreführenden Nutzung inzwischen einen Eintrag in unserem «Wörterbuch der Phrasendrescher» verdient hätte.

Eine Armee «in der Mitte der Gesellschaft» wurde auch durch die Corona-Politik begünstigt (Stichwort: Soldaten im Impfzentrum), wie etwa «Telepolis» beschreibt:

«Das gilt auch für die Militarisierungstendenzen im Zuge der Pandemie-Politik. So wurde von Olaf Scholz Generalmajor Carsten Breuer zum Leiter eines Corona-Krisenstabs ernannt. Breuer machte im Interview mit dem Deutschlandfunk klar, dass es um eine Normalisierung des Militärischen und der Bundeswehr geht. Mittlerweile wird das Kontingent der Bundeswehr bei der Corona-Bekämpfung auf 12'000 Personen aufgestockt.»

Die Bundeswehr und der Regenbogen

Der Einzug des Regenbogens bei der Bundeswehr unterliegt einerseits ähnlichen Vorwürfen der Heuchelei wie bei Lockheed. Aber: Bezüglich der einstigen Diskriminierung von Homosexuellen bei der Bundeswehr ist es andererseits auch ein gutes Zeichen. Unter diesem Link finden sich Infos des Verteidigungsministeriums darüber, dass «erst durch die Aufhebung eines Erlasses zur Personalführung homosexueller Soldat*innen» im Jahr 2000 die institutionelle Diskriminierung bei der Bundeswehr beendet worden sei. Das Gesetz ermögliche queeren Personen im Militärdienst, die bis zum Jahr 2000 diskriminiert worden seien, Rehabilitation und Entschädigung.

Die geballte eigene Meinungsmache der Bundeswehr zur «Vermenschlichung» und Normalisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft findet sich in der Mediathek der Bundeswehr.

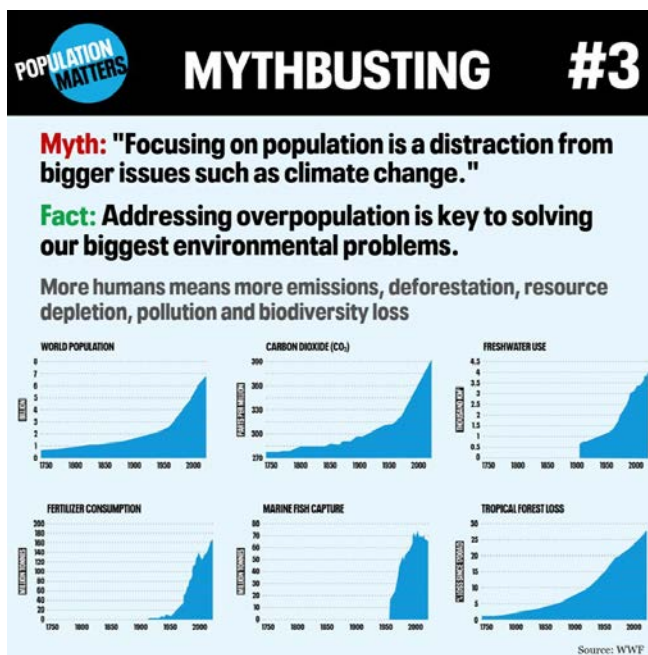
Dieser Text richtet sich selbstverständlich nicht gegen die LGBTQI+-Community, sondern gegen die Instrumentalisierung einer Bewegung und ihrer Symbolik, die einst als Gegenkultur wahrgenommen wurde. Die einzelnen Mitstreiter der Bewegung selber können nichts für die Vereinnahmung ihrer Symbole und die Instrumentalisierung des reichen schwul-lesbischen popkulturellen Kapitals, das in Jahrzehnten kreativ aufgebaut wurde. Aber prominente Vertreter von LGBTQI+ könnten sich laut gegen Vereinnahmungen durch Kriegstreiber aussprechen (vielleicht ist das geschehen, dann bitte ich um Hinweise). Und wenigstens die Veranstalter der erwähnten Pride-Märsche hätten doch eingreifen können: Sie hätten die Instrumentalisierung ihrer Parade durch einen riesigen Rüstungskonzern verhindern müssen. Abgesehen davon muss die Wut über solche Tendenzen die Konzerne treffen, nicht die Menschen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=99898>

Überbevölkerung – Ein Mythos?

Das Internet wird zunehmend von Artikeln überschwemmt, in denen behauptet wird, die Überbevölkerung sei ein Mythos. Die Menschheit drohe sogar, wegen Menschenmangel auszusterben, sie würde überaltern und schuld am Umweltdesaster sei nicht die Masse der Menschen, sondern der Überkonsum usw.

Dass diese Behauptungen strohdumm sind und ganz offensichtlich das reine Gegenteil der Fakt der Wirklichkeit ist, das scheinen die meisten Menschen nicht begreifen zu wollen, oder sie können es einfach nicht, weil sie nicht selbst denken, sich aus purem Nicht-Denken jeden Bären aufbinden lassen und – nicht zuletzt – offenbar infolge der allgemeinen Degeneration der Menschen dieses Planeten, täglich blöder werden. Auch das ist ironischerweise eine Folge der Überbevölkerung. Es scheint, dass die Schreiberlinge, die die Überbevölkerung rundweg abstreiten, entweder für ihre Lügen bezahlt werden, weil Profiteure an der Überbevölkerung viel Geld verdienen, oder sie sind aus religiösen, ideologischen oder parteipolitischen Gründen etc. naiv-dumm-realtitätsblind und in ihrem Verstand beschränkt.



Der Mythos, dass Überbevölkerung ein Mythos ist, ist ein dummer, realitätsfremder, verantwortungsloser und vernunftloser Mythos.

The myth that overpopulation is a myth is a stupid, unrealistic, irresponsible and unreasonable myth.



Achim Wolf, Deutschland

Von der Leyen blitzt ab – Reise nach Lateinamerika weitgehend ergebnislos

26 Juni 2023 21:30 Uhr

Das Medienecho auf den Besuch von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ist eindeutig. Sie ist abgeblitzt. Brüssel schätzt seine Stellung falsch ein, merkt ein Kommentar an. Die geopolitischen Verschiebungen ermöglichen Lateinamerika ein selbstbewusstes Auftreten.

Der Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Lateinamerika verlief erfolglos. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reiste letzte Woche durch Lateinamerika. Die Kommentare in unterschiedlichen Medien zur Reise fallen eindeutig aus. Ein Erfolg war das nicht. Faktisch ist die EU mit ihren Wünschen abgeblitzt.

Ziel der Reise war es, den Einfluss der EU in Lateinamerika zu stärken. Dieser Versuch ist gescheitert. Nicht zuletzt deshalb, weil ihm ein Geruch von Unilateralismus anhaftete, wie der Blog Amerika 21 in einer Einschätzung zur Reise von der Leyens anmerkt.

Der EU sei es nicht gelungen, die Kräfteverhältnisse richtig zu bewerten:

«Es liegt ein Geruch von «Unilateralismus» über den europäischen Bedingungen, was als eine Fehlinterpretation Brüssels der geopolitischen Veränderungen und ihrer Auswirkungen auf Lateinamerika interpretiert werden könnte. (...)

Aus Europa zu kommen, um in der derzeitigen Situation Bedingungen zu stellen, scheint kein besonders geeigneter Weg zu sein, um die Beziehungen neu zu beleben.»

Von der Leyen strebt eine zügige Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den Ländern des lateinamerikanischen Staatenbunds Mercosur ab. Die Verhandlungen schleppen sich seit Jahren dahin. Gegen eine zügige Unterzeichnung spricht jedoch, dass die EU inzwischen auf eine Klausel besteht, die es erlaubt, bei Umweltverstößen Sanktionen gegen die betreffenden Länder zu verhängen. Vor allem Brasilien hat deutlich gemacht, dass es unter diesen Bedingungen das Vertragswerk nicht unterzeichnen wird.

Auch Argentinien blickt mit grosser Skepsis auf das Abkommen in seiner jetzigen Form. Amerika 21 zitiert den argentinischen Präsidenten mit den Worten:

«Wir wollen auf jeden Fall ein Abkommen mit der Europäischen Union, aber eines, das ein Gleichgewicht zwischen den Volkswirtschaften der Regionen herstellt. Und das die Asymmetrien berücksichtigt. Denn sonst könnte es zu dem kommen, was wir uns anfangs gedacht haben: Dass es ein Abkommen werden soll, das ganz klar der EU nützt und dem Mercosur nicht so sehr nützt, um nicht zu sagen schadet.»

Auch der aussenpolitische Blog German-Foreign-Policy bescheinigt den Bemühungen der Kommissionspräsidentin weitgehend erfolglos gewesen zu sein. Insbesondere das Drängen der EU, sich dem westlichen Blick auf den Ukraine-Konflikt und dem Sanktionsregime anzuschliessen, sorgt für wachsende Abneigung. Das Völkerrecht gelte für alle, sagte Brasiliens Präsident Lula da Silva an von der Leyen gerichtet. Wie viele andere Länder auch, sieht Brasilien die NATO, die USA und die EU an der Entstehung des Konflikts beteiligt. Eine einseitige Schuldzuschreibung und der Fokus auf eine militärische Lösung lehnt Lula ab.

Ausser mit Freihandel lockte von der Leyen noch mit Investitionsversprechen im Rahmen der Global-Gateway-Initiative der EU. Global-Gateway versteht sich als Alternative zum globalen Infrastrukturprojekt One-Belt-One-Road Chinas. Die finanziell mit 300 Milliarden Euro ausgestattete Initiative der EU gilt gegenüber dem mit zwischen vier und acht Billionen umfassenden Budget des neuen Seidenstrassen-Projekt Chinas jedoch als wenig ambitioniert.

Die Verschiebungen im geopolitischen Gefüge und die Herausbildung einer multipolaren Weltordnung lassen auch die Staaten Lateinamerikas gegenüber der EU zunehmend selbstbewusster auftreten:

«Ursache dafür, dass die Staaten Lateinamerikas in der Lage sind, europäischen Übergriffen immer offener entgegenzutreten, ist, dass sie inzwischen über Alternativen zur Kooperation mit dem Westen verfügen – in Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit China und vor allem politischer Zusammenarbeit mit den BRICS», schreibt German-Foreign-Policy.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/europa/173680-von-leyen-blitz-ab-reise/>

Politik als Waffe, eine amerikanische Tradition

Ron Paul

Präsident Donald Trump ist nicht die erste politische Persönlichkeit gegen die rechtliche und politische Verfahren als Waffe eingesetzt werden. In der Tat gibt es eine lange und beschämende Geschichte von US-Politikern und Bürokraten, die staatliche Befugnisse gegen ihre politischen Gegner eingesetzt haben.

Der erste Verfassungszusatz war noch nicht einmal ein Jahrzehnt alt, als die Furcht vor der Beeinflussung Amerikas durch französische Agenten als Begründung für die Verabschiedung des Alien and Sedition Acts herangezogen wurde. Dieses Gesetz verbot «falsche, skandalöse und böswillige Schriften» gegen die US-Regierung, den Kongress oder den Präsidenten und machte die Verschwörung «gegen eine Massnahme oder Massnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten» illegal.

Der Einsatz der Politik als Waffe ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Hysterie über angebliche ausländische Bedrohungen zu weniger Freiheit führt. Die Behauptung, Gegner der US-Regierungspolitik würden den Interessen Frankreichs dienen, ist ein frühes Beispiel. Traurigerweise wurden Kritiker der US-Regierungspolitik seither immer wieder als Verbreiter von Desinformationen zugunsten feindlicher ausländischer Mächte verleumdet.

Während des Bürgerkriegs veranlasste Präsident Abraham Lincoln die Schliessung von Zeitungen und sogar die Verhaftung von Abgeordneten. Nachdem die USA in den Ersten Weltkrieg eingetreten waren, verabschiedete der Kongress ein neues Aufwiegelungsgesetz, das «illoyale, profane, skurrile oder beleidigende Äusserungen» gegenüber dem Militär oder der US-Regierung verbot. Dieses Gesetz wurde genutzt, um Eugene Debs zu inhaftieren, der dann als Kandidat der Sozialistischen Partei für das Präsidentenamt kandidierte, während er im Gefängnis sass.

Die Gegner einer Beteiligung der USA am Zweiten Weltkrieg wurden von den Befürwortern der US-Militärintervention beschuldigt, eine «fünfte Kolonne» für die deutsche Regierung zu sein. Später wurden die Gegner der Kriege in Vietnam, im Irak und in anderen Ländern, in denen die USA intervenierten, von der Regierung überwacht und schikaniert.

Kritiker der US-Aussenpolitik sind vielleicht die ersten Kritiker der US-Regierung, die wegen ihrer Ablehnung der Regierungspolitik ins Visier genommen werden, aber sie sind nicht die letzten. FBI-Direktor J. Edgar Hoover nahm die Bürgerrechtsbewegung ins Visier, hörte Martin Luther King Jr. ab und schikanierte ihn. Hoover führte auch Akten über diejenigen, die er für subversiv hielt, darunter sogar die Popgruppe «The Monkees».

Präsidenten beider Parteien haben die Steuerbehörde gegen ihre politischen Feinde eingesetzt. So sagte ein IRS-Agent zum Leiter einer konservativen Organisation, die geprüft wurde, nachdem sie die Amtsenthebung des damaligen Präsidenten Clinton gefordert hatte: «Was erwarten Sie, wenn Sie den Präsidenten ins Visier nehmen?»

Die Verfasser der Verfassung wussten, dass die Machthaber immer versucht sein würden, ihre Macht gegen ihre Gegner einzusetzen. Daher schufen sie eine eingeschränkte Regierung, in der die Macht gestreut und kontrolliert wurde. Leider haben amerikanische Politiker in den ersten Tagen der Republik der Versuchung nachgegeben, das Gesetz als Waffe gegen ihre Gegner einzusetzen.

Seitdem hat das Wachstum der Regierung zum Aufbau einer nicht gewählten und nicht rechenschaftspflichtigen Bürokratie geführt, die eine wichtige Rolle für den tiefen Staat spielt. Der tiefe Staat verfolgt seine eigene Agenda ohne Rücksicht auf die Wünsche des Volkes. Der tiefe Staat arbeitet daran, diejenigen zu unterwandern, die sich seiner Agenda widersetzen, und wendet dabei Taktiken an, die im Fall von Präsident Kennedy bis hin zur Ermordung reichen.

Eine Lehre aus dieser Geschichte ist, dass Menschen, die sich Freiheit wünschen, nicht darauf vertrauen sollten, dass die US-Regierung die Freiheit fördert. Stattdessen müssen sie wachsam sein und sicherstellen, dass die Regierung innerhalb der in der Verfassung festgelegten Grenzen handelt. Die Sicherstellung, dass die Regierung eine Politik des Friedens und des freien Handels im Ausland verfolgt, ist auch für die Förderung der Freiheit im eigenen Land unerlässlich.

erschieden am 26. Juni 2023 auf > Ron-Paul-Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_27_politikalswaffe.htm



Ein Artikel von Oskar Lafontaine, 26. Juni 2023 um 10:00

Noch nie war die Gefahr eines Atomkriegs so hoch wie heute. Während Thinktanks bereits das Unmögliche denken und die Politik sich in eine «Logik» des Aufrüstens und Eskalierens begeben hat, ist es Zeit innezuhalten und über das Konzept des Disengagements, des Auseinanderrückens der Blöcke, nachzudenken. Das sagt Oskar Lafontaine in einem lesenswerten Artikel in der «Weltwoche», den wir unseren Lesern mit freundlicher Erlaubnis der Weltwoche gerne weitergeben wollen.

In seinem letzten Interview sagte der am 16. Juni verstorbene Whistleblower Daniel Ellsberg: «Ich verlasse eine Welt, die sich in einem schrecklichen Zustand befindet und die überall dort schrecklich ist, wo ich versucht habe, sie besser zu machen. Joe Biden hat recht, wenn er sagt, dass es hinsichtlich eines Atomkrieges die gefährlichste Zeit seit der Kubakrise ist.»

Den Westen zur Vernunft bringen

Die Kubakrise weist aber auch den Weg aus dieser Gefahr. US-Präsident Kennedy und der sowjetische Generalsekretär Chruschtschow vereinbarten damals, dass die UdSSR ihre Raketen in Kuba abbaut und im Gegenzug die USA ihre zuvor in der Türkei stationierten Raketen ebenfalls entfernt. Heute sollten sich die beiden Atommächte, USA und Russland, an einem Politikkonzept orientieren, das der US-Außenpolitiker George Kennan schon 1957 in einer Vortragsreihe für die BBC entwickelt hat. Der Vater der Politik des Containments zur Eindämmung der Sowjetunion regte an, eine Politik des Disengagements, des Auseinanderrückens der Blöcke, folgen zu lassen. Um Spannungen abzubauen, sollten sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt ihre Truppen und militärischen Einrichtungen Schritt für Schritt aus Mitteleuropa zurückziehen.

Diesem Konzept folgend, sollte Russland jetzt keine Atomraketen in Belarus stationieren, und die USA sollten ihre Raketenbasen in Polen und Rumänien abbauen und die Aufnahme der Ukraine in die NATO nicht

weiterverfolgen. Stattdessen sollten Sicherheitsgarantien für das zerstörte Land ausgehandelt werden. Diese Politik des Disengagements wäre eine wirkliche Zeitenwende und würde die Gefahr eines Atomkriegs verringern.

Für Aufregung hatte der Aufsatz des russischen Politologen Sergei Karaganow gesorgt, der dem Kreml empfahl, die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen zu senken, um die USA und ihre Verbündeten zum Einlenken im Ukraine-Krieg zu zwingen. Die Angst vor einem Atomkrieg müsse zurückkehren, weil die Menschheit sonst dem Untergang geweiht sei, und wenn der Westen nicht nachgebe, müsse Russland «eine Reihe von Zielen in einer Reihe von Ländern angreifen, um diejenigen, die ihren Verstand verloren haben, zur Vernunft zu bringen».

Im Gegenzug schlug das American Enterprise Institute vor, «der Ukraine taktische Atomwaffen zur Verfügung zu stellen, ohne zu kontrollieren, wo und wie die Ukraine sie einsetzen könnte. Die Nichtverbreitungsmafia wird vor Empörung aufheulen, aber der Westen muss seine Nuklearpolitik an der Realität ausrichten.» Und um ebenfalls zu belegen, dass die Gefahr eines Atomkrieges wächst, wies ein russischer Oberst in der berühmten Solowjow-Talkshow darauf hin, dass die ersten F-16, die der Ukraine geliefert werden sollen, aus Belgien und Dänemark stammen und atomwaffenfähig sind. Woher sollte Russland wissen, welche Waffen diese F-16 tragen, wenn sie gegen die russischen Truppen eingesetzt würden?

Wenig beruhigend wirken ebenso die Ausführungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in St. Petersburg. Zu den taktischen Atomwaffen meinte er: «Wir haben mehr solche Waffen als die NATO-Länder. Sie wissen das und drängen uns die ganze Zeit dazu, dass wir Gespräche über die Reduzierung anfangen. Scheiss drauf, verstehen Sie, wie man bei uns im Volk sagt.» Das Dementi seines Sprechers Dmitri Peskow, «Russland ist bereit, Verhandlungen zu führen», kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Putin zurzeit wenig Interesse zeigt, sich wieder auf Gespräche mit dem Westen einzulassen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Frühjahr 2022 aufgrund der Intervention des britischen Premierministers Boris Johnson und nach den öffentlichen Eingeständnissen des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Poroschenko, des ehemaligen französischen Präsidenten Hollande und der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel, man habe Putin bei den Minsker Verhandlungen getäuscht und über den Tisch gezogen, um der Ukraine Zeit für weitere Aufrüstung zu geben, ist sein geringes Interesse, neue Friedensverhandlungen zu führen, zwar nachvollziehbar, aber die Gefahr eines Atomkriegs lässt keinen Raum für solche Befindlichkeiten.

Liebe deine Mitmenschen

Russlands Präsident Putin ist genauso in der Verantwortung, ein atomares Inferno zu verhindern, wie der anfangs zitierte US-Präsident Joe Biden. Und wenn Karaganow schreibt: «Der Allmächtige übergab der Menschheit die Waffen des Armageddon, um denen, die die Angst vor der Hölle verloren haben, zu zeigen, dass diese existiere», so ist ihm entgegenzuhalten: Der Allmächtige gab der Menschheit auch die Liebe zu den Mitmenschen und die Fähigkeit zur Vernunft, um der Hölle zu entkommen. Die Wiederaufnahme der Politik des Disengagements wäre eine wirkliche Zeitenwende.

Titelbild: [metamorworks/shutterstock.com](https://www.nachdenkseiten.de/?p=99791)

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=99791>

Deutschland – Eine wichtige Aussage aus Übersee

Sonntag, 25. Juni 2023 , von Freeman-Fortsetzung um 12:04



Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/06/deutschland-eine-wichtige-aussage-aus.html#ixzz85ppqoNXu>

PRIGOSHINS MEUTEREI GEGEN MOSKAU

Von der Washington Post angekündigt

Autor: Uli Gellermann, Datum: 24.06.2023

Es war ausgerechnet die «Washington Post» (s.Link), die im Mai behauptete, dass der Inhaber des Söldnerunternehmens, das unter dem Namen «Wagner-Gruppe» bekannt ist, der aktuellen ukrainischen Regierung strategische Unterlagen der russischen Armee angeboten haben soll. In einem Krieg der Oligarchen – der Chef der Wagner-Gruppe Yevgeny Prigoshin gehört auch zu dieser einflussreichen Gruppe in Russland – spielt Geld nicht nur eine Rolle für den Waffenkauf, sondern auch für die jeweilige Loyalität. Es ist denkbar, dass die Ukraine-Oligarchen Prigoshin einfach genug für den Seitenwechsel geboten haben: Seine Truppe marschiert jetzt gegen Russland.

Kapitalisten kennen kein Vaterland

Schwer vorstellbar ist, dass die russische Regierung die Information ignoriert hat. Doch offenkundig war sie vor der Ankündigung der «Washington Post» einer Meuterei gegen die russische Militärführung nicht informiert genug, um rechtzeitig vorbeugende Massnahmen zu treffen. Dieser Mangel wiegt um so schwerer, als Prigoshin seit seinen Sankt Petersburger Tagen in der Umgebung von Wladimir Putin verortet wurde: Er erhielt eine Reihe von Staatsaufträgen, unter anderem lieferte er Essen an die Russische Armee. Die Meuterei Prigoshins bestätigt die marxistische Erkenntnis, dass Kapitalisten kein Vaterland kennen, ihre Heimat ist der Profit. Die Meuterei, da darf man sicher sein, war nicht billig.

Ukraine als Aufmarschgebiet gegen Russland

Bisher gelang es Wladimir Putin, den Ukraine-Krieg unter der Flagge der Nation zu führen. Tatsächlich soll der Krieg die nationalen Interessen sichern. Denn solange es den USA und ihrer NATO gelingt, die Ukraine als Aufmarschgebiet gegen Russland zu formieren, solange ist die internationale Position Russlands erheblich geschwächt. Diese Schwäche würde sich auf Dauer auch auf die russischen Handelsbedingungen auswirken, von der Verteidigungsfähigkeit des Landes ganz zu schweigen.

Vorbereitung eines Putsches gegen die russische Regierung

Prigoshins Meuterei muss als Vorbereitung eines Putsches gegen die russische Regierung gewertet werden. Die erfahrenen britischen Imperialisten lassen Prigoshins Meuterei durch ihr Verteidigungsministerium als «die grösste Herausforderung für den russischen Staat in jüngster Zeit» einschätzen. Wladimir Putin selbst bestätigt diese Wertung, wenn er sagt, der Aufstand sei «genau die Art von Schlag gewesen, der Russland 1917 zugefügt wurde, als das Land den Ersten Weltkrieg führte, aber der Sieg wurde ihm genommen. Intrigen, Streitereien, Politik hinter dem Rücken der Armee und des Volkes führten zum grössten Schock: Der Zerstörung der Armee und dem Zusammenbruch des Staates, dem Verlust riesiger Gebiete. Am Ende – die Tragödie des Bürgerkriegs.»

Niederlage Russlands wäre ein schwerer Schlag für freie Nationen

In den nächsten Tagen und Wochen wird sich das Schicksal Russlands entscheiden. Und mit ihm die Frage, ob Europa komplett unter die Stiefel der USA gerät. Falls die Russen den Kampf gegen die USA nicht gewinnen würden, kann das auch die Chinesen nicht unberührt lassen: Ein Sieg der USA könnte das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der westlichen Kräfte verschieben. Für die Handlungsspielräume aller Nationen, die ihre Selbstständigkeit, ihre Freiheit und Unabhängigkeit schätzen, wäre eine Niederlage Russlands ein schwerer Schlag.

<https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/05/14/prigozhin-wagner-ukraine-leaked-documents/>

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/prigozhins-meuterei-gegen-moskau>

Europas Position

Verheugen: «Wir müssen uns von den USA emanzipieren»

Von TILO GRÄSER | Veröffentlicht vor 4 Tagen in: Politik

Günter Verheugen gehört in Bezug auf den Krieg in und um die Ukraine zu den wenigen namhaften Kritikern bundesdeutscher und europäischer Politik. Sein Urteil hat Gewicht. Er war als EU-Kommissar (1999 bis 2010) unter anderem für die Osterweiterung der Union zuständig. Kürzlich hat er in Berlin den von Sandra Kostner und Stefan Luft herausgegebenen Sammelband «Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht» vorgestellt. Im Anschluss sprach Tilo Gräser mit ihm über das Thema.

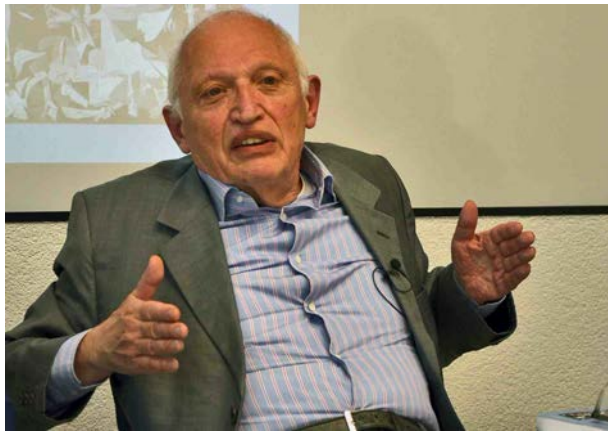


Foto und Rechte: Tilo Gräser, Mehr Infos

Günter Verheugen: «Es gibt kein eigenes Nachdenken in der EU, wie wir zu einem tragfähigen Friedensschluss in der Ukraine kommen.» (Berlin, 6. Juni 2023)

Hintergrund: Herr Verheugen, wie schätzen Sie das, was derzeit in der Ukraine passiert, ein?

Günter Verheugen: Dieser Krieg ist die grösste Gefahr für den Weltfrieden seit Jahrzehnten, vielleicht sogar seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Im Augenblick ist nicht zu erkennen, wie die Eskalation gestoppt werden kann. Ebenso ist nicht zu erkennen, wann und wie der Weg zu einer Verhandlungslösung beschritten wird. Und man muss einfach wissen: Es handelt sich um einen Krieg, an dem eine nukleare Supermacht direkt und eine andere indirekt beteiligt ist. Das zeigt das Gefahrenpotenzial, das in diesem Konflikt für uns alle steckt. Deshalb geht er auch uns alle an! Es ist nach meiner Meinung nicht so, dass in der Ukraine unsere demokratische Verfasstheit oder unsere Freiheit verteidigt wird. Das ist genauso falsch, wie gesagt wurde: Unsere Freiheit wird am Hindukusch verteidigt. Es geht uns deshalb alle an, weil die Konsequenzen uns alle treffen, wenn dieser Krieg in einen nuklearen Schlagabtausch entartet.

Hintergrund: Sie haben kürzlich bei einer Buchvorstellung über die Vorgeschichte gesprochen. Bis wohin reicht die Vorgeschichte?

Verheugen: Die Vorgeschichte reicht nach meiner Meinung zurück bis in die Tage vor der Herstellung der deutschen Einheit. Ich denke, dass das gebrochene Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszuweiten, ein erster Baustein war, um das Vertrauen zwischen Russland und dem Westen insgesamt ins Wanken zu bringen. Ich glaube, dass in dieser Zeit die Chancen versäumt wurden, die es auf dauerhaften Frieden gegeben hätte. Denken Sie an Gorbatschows Idee vom gemeinsamen europäischen Haus. US-Präsident Clinton hat die Möglichkeit erwogen, Russland die Mitgliedschaft in der NATO anzubieten. Es ist auch darüber diskutiert worden, die NATO umzubauen zu einer Art wirkungsvolleren OSZE. Alle diese Ansätze und Möglichkeiten sind im Lauf der Jahrzehnte versandet bzw. hintertrieben worden.

Hintergrund: Und worin sehen Sie die Ursachen dieses Krieges, der am 24. Februar 2024 offen ausgebrochen ist?

Verheugen: Es gibt viele Ursachen, und ich bin weit davon entfernt, Putin für schuldlos zu erklären und die Aggressionshandlung zu entschuldigen oder zu verteidigen. Das ist und bleibt unentschuldigbar. Wohl aber ist die Frage erlaubt, welche legitimen völkerrechtlichen Möglichkeiten Russland in den letzten Jahren hatte, seine Sicherheitsinteressen vorzutragen, zu vertreten und möglicherweise auch durchzusetzen. Im Kern geht es um das russische Sicherheitsbedürfnis, das nicht verstehen will und wahrscheinlich auch nicht verstehen kann, warum der Westen, das heisst in diesem Fall die NATO unter Führung der USA, ganz eindeutig eine Politik der Einkreisung gegenüber Russland verfolgt. Es liegt ja auf der Hand, dass, wenn ich eingekreist werde, ich das als eine Bedrohung empfinde. Das ist eine Ursache.

Eine andere Ursache ist zweifellos, dass mit der Zusage an die Ukraine, dass sie der NATO beitreten könne, für Russland sicherheitspolitisch eine rote Linie überschritten wurde, wissentlich und willentlich. Und letztlich muss man die Ereignisse in der Ukraine selbst betrachten. Da spielt die Vorgeschichte des Maidan, der Regime Change 2014 und die dann folgende antirussische Politik der von den US-Amerikanern gewünschten Regierung eine Rolle.

Hintergrund: Ein Anlass des Konfliktes in der Ukraine 2013/2014 war die Frage des EU-Assoziierungsvertrages. Sie waren lange Zeit für EU-Osterweiterung zuständig. Wie sehen Sie die europäische Rolle in dem Konflikt?

Verheugen: Das EU-Assoziierungsabkommen zur Ursache des Konflikts zu machen, ist Unsinn. Es war auch kein Anlass. Das Abkommen war bereits im Jahr 2011 zu Ende verhandelt. Es war fertig verhandelt und paraphiert worden mit der angeblich russlandhörigen Regierung unter Präsident Janukowitsch. Janukowitsch wollte sogar, dass die EU-Mitgliedschaftsoption im Abkommen festgehalten wird. Das Abkommen hätte eigentlich 2012 unterzeichnet werden sollen. Damals gab es nicht den geringsten russischen Protest.

Aber 2012 band die EU die Unterzeichnung an Bedingungen. Unter anderem forderte sie, dass die frühere Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, die wegen Korruption im Gefängnis sass, freigelassen wird. Das war vor allen Dingen eine Berliner Initiative, die von ein paar verantwortungslosen Gesellen im Umkreis der Kanzlerin ausgeheckt wurde. Das konnte die Ukraine nicht liefern.

Im Jahr 2013 hatten sich die Verhältnisse dramatisch verändert, die Ukraine war in schweres wirtschaftliches und finanzielles Fahrwasser geraten. Gleichzeitig negierte die EU russische Beschwerden, die den wirtschaftlichen Teil der Assoziierung betrafen, weil de facto zwischen Russland und der Ukraine auch Freihandel herrschte. Das alles stiess in der EU auf taube Ohren. Deshalb setzte Janukowitsch die Unterschrift aus. Er wollte die EU-Assoziierung, aber brauchte Geld und fürchtete die Auflagen des IWF wegen der massiven innenpolitischen sozialen Auswirkungen.

Die Aussetzung der Unterschrift in Vilnius 2013 wurde fälschlich als Verweigerung der Janukowitsch-Regierung interpretiert, sich der EU annähern zu wollen, und das setzte den Maidan in Gang. Er verwandelte sich aus spontanem Prozess in eine westliche Allianz mit der ukrainischen Opposition. Das war Teil einer langfristig vorbereiteten US-Regime-Change-Operation. Das ist keine Spekulation. Das ist unter anderem durch öffentliche Aussagen von Frau Nuland belegt, aber auch durch ein geleaktes Telefonat.

Hintergrund: Nun erleben wir, dass im Zuge dieses Krieges die ehemalige sogenannte Ostpolitik, die Entspannungspolitik, diffamiert wird und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden soll. Sie waren selbst an dieser Politik beteiligt. Wie bewerten Sie das, was da heute geschieht?

Verheugen: Ich betrachte das als geradezu ehrverletzend. Es ist eine bewusste Fehlinterpretation der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition, wenn sie auf die völlig falsche und niemals von der Politik verwendete Formel «Wandel durch Handel» reduziert wird. Es ging nicht um Geschäftemacherei. Die Formel hiess «Wandel durch Annäherung». Annäherung nicht der Überzeugungen und Wertvorstellungen, sondern Annäherung im buchstäblichen Sinne. Dass man sich näherkommt, miteinander redet, dass man die jeweils bestehenden Sorgen, Ängste, Befürchtungen und berechtigten Interessen auslotet. Dass man die Gemeinsamkeiten herausfindet. Dieses Ausloten war ein Prozess, der sich über viele Jahre hingezogen hat und dann in die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahr 1975 in Helsinki mündete. Diese Schlussakte hat in idealer Weise die aussenpolitischen Interessen und die aussenpolitischen Werte des Westens vertreten. Die übereinstimmenden Interessen bestanden darin, sich vor einem möglichen Überfall oder Angriff zu schützen. Der wertbezogene Teil bestand darin, dass mit dem sogenannten Korb III der KSZE-Schlussakte, dem Menschenrechtskorb, für die Menschen in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion eine Berufungsgrundlage geschaffen worden ist. Diese Grundlage ist ja auch genutzt worden. Die Bürgerrechtsbewegung in der DDR stützte sich darauf, ebenso die tschechoslowakische «Charta 77» und so weiter. Diese Entspannungspolitik hat tatsächlich Wandel bewirkt. Es kam, wie die sozialliberale Koalition bei der Debatte im Bundestag 1975 vorhergesagt hat, nicht zu einem Wandel in dem Sinne, dass wir uns an das Sowjetsystem angepasst hätten, sondern der Wandel erfasste den ehemaligen Ostblock. Die Sowjetunion veränderte sich, wurde aufgelöst, überall gab es friedliche Revolutionen, bei uns den Mauerfall. Deutschland wurde wiedervereinigt. Wenn das kein Wandel ist ...

Hintergrund: Was sagen Sie als ehemaliger SPD-Aussenpolitiker zu Büchern und Äusserungen ihrer ehemaligen Parteifreunde wie Oskar Lafontaine und Klaus von Dohnanyi, dass die deutsche Politik und die europäische Politik im Verhältnis zu den USA wieder mehr die eigenen Interessen betonen und verwirklichen muss?

Verheugen: Das ist richtig. Vor allem Klaus von Dohnanyi stimme ich fast in jedem Satz zu, den er geschrieben hat. Und ich bin froh, dass Klaus von Dohnanyi, ein alter Freund und Weggefährte, bei der Analyse der Lage zu denselben Ergebnissen gekommen ist wie ich. Natürlich, wir brauchen die EU als einen eigenständigen globalen Akteur. Das heisst, wir müssen uns von den US-Amerikanern emanzipieren. Das heisst aber auch, dass wir bereit sein müssen, die Verantwortung für unseren Heimatkontinent in die eigenen Hände zu nehmen. Wir waren gedanklich zumindest da schon einmal weiter als im Augenblick. Es besteht wenig Hoffnung, dass wir auf diesem Weg vorankommen. Ich bin zutiefst pessimistisch, was die Zukunft Europas angeht. Ich glaube, wir sind im Augenblick Zeuge der Beerdigung einer jahrhundertealten grossen Idee, dass es möglich ist, Europa zu einer politischen Einheit zu machen. Das stirbt gerade.

Hintergrund: Welche Chancen gibt es, die Entspannungspolitik wiederzubeleben, wie Sie fordern? Welche Chancen dafür sehen Sie angesichts der aktuellen Situation?

Verheugen: Nun, im Augenblick erscheint das utopisch. Die politische Grosswetterlage ist ganz anders. Die Staatenlenker in Europa und des Westens zeigen kein erkennbares Interesse mehr an der Idee, dass es gesamteuropäische Strukturen geben muss. Ich spreche nicht davon, dass wir die Europäische Union von Lissabon bis Wladiwostok ausweiten müssen. Aber gesamteuropäische, kooperative Strukturen auf den wichtigen Feldern wie Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Klima, Energie, Technologie waren möglich. Diese Chance ist in der Vergangenheit nicht genutzt worden. Ich weiss nicht, ob wir dahin zurückkehren können. Ich habe eben gesagt, wir erleben möglicherweise zurzeit die Beerdigung einer grossen Idee. Das heisst der Idee, dass das ganze politische Europa durch ein dichtes Netz von Kooperation geeint ist. Wenn wir auf die Landkarte gucken, dann ist die Europäische Union sogar der kleinere Teil des Kontinents.

Hintergrund: ... zu dem auch Russland gehört.

Verheugen: Das ist ja genau der springende Punkt. Diejenigen, die Russland keinen Platz in Europa mehr einräumen wollen, beherrschen die praktische Politik. Mit Schmerz habe ich erleben müssen, dass mein früherer Kollege Joschka Fischer zu dieser Denkrichtung gehört. Wer sagt, Russland gehört nicht zu Europa, der kennt Russland nicht und kennt Europa nicht. Aber wie wir zurückkehren können zu der Idee, dass wir Kooperation statt Konfrontation, Dialog statt Ausgrenzung, vernünftigen Interessenausgleich und wieder gegenseitigen Respekt erzeugen müssen, das weiss ich nicht. Aber das ändert nichts daran, dass man das verlangen muss.

Hintergrund: Ist die europäische Einheit nicht das, was den USA Angst macht?

Verheugen: Ja, wenn es als eine politische Handlungseinheit verstanden wird. Aber so weit bin ich ja gar nicht gegangen. Ich habe nur von Handlungsfähigkeit auch auf globaler Ebene gesprochen. Eine politisch handlungsfähige EU wäre aus Sicht der USA ein Rivale, den es nicht geben soll. Was sie unter allen Umständen zu verhindern suchen, wäre die Verwirklichung des gesamteuropäischen Gedankens unter Einbeziehung Russlands, denn dann wäre der europäische Kontinent ein Schwergewicht, das keines Hegemon bedarf. Denn in den USA regieren ja eigentlich längst veraltete geopolitische Denkmuster nach dem Motto: Wer die eurasische Landmasse beherrscht, der beherrscht die Welt. Das ist nicht mehr kompatibel mit den gegenwärtigen Realitäten. Aber die Tragik will es, dass die aktuelle EU sich gegen den Fluss der Zeit nunmehr fest an das permanente Streben der USA nach globaler Dominanz gebunden hat.

Das schwächt die EU auch in ihren Beziehungen mit China und anderen wichtigen Partnern des globalen Südens. Es schwächt sie wirtschaftlich und unterhöhlt auch unsere Vorstellungen von einem European way of life. Das sollte jeder klar sehen. Deshalb habe ich die Hoffnung, dass sich die EU irgendwann wieder auf das besinnt, was sie am besten kann: Auf die Einigung der europäischen Völker, nicht ihre Spaltung. Aktuell sind wir allerdings davon sehr weit entfernt und ein sichtbarer Ausdruck dessen ist, dass es kein eigenes Nachdenken in der EU gibt, wie wir zu einem tragfähigen Friedensschluss in der Ukraine kommen.

Günter Verheugen begann seine politische Laufbahn im Jahr 1969. Nach seinem Austritt bei der FDP 1982 ging er zur SPD. Von 1983 bis 1999 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, wo er sich hauptsächlich mit aussen- und sicherheitspolitischen Fragen sowie der Europapolitik befasste. Er hatte verschiedene politische Ämter inne und wurde 1999 Mitglied der Europäischen Kommission, bis zum Jahr 2004 war er zuständig für die EU-Erweiterung. Ab 2002 war er ausserdem für die europäische Nachbarschaftspolitik verantwortlich. Von 2004 bis 2010 war er Kommissionsvizepräsident und zuständiger Kommissar für Unternehmen und Industrie. Der heute 79-Jährige ist Honorarprofessor an der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder und hat eine Reihe von Büchern und Aufsätzen zur Europapolitik, aber auch zu anderen politischen Themen veröffentlicht. Zusammen mit der Politikwissenschaftlerin Petra Erler betreibt er die Beratungsfirma «European Experience».

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/verheugen-wir-muessen-uns-von-den-usa-emanzipieren/>

Wir können jetzt verstehen, wie Russland und China denken

Jacob G. Hornberger

Chinas angeblicher Plan, eine militärische Ausbildungsbasis auf Kuba zu errichten, kann der amerikanischen Bevölkerung helfen, Russlands Widerstand gegen den Expansionismus der NATO in Osteuropa und in der Ukraine sowie Chinas Widerstand gegen US-Militärstützpunkte in der Nähe Chinas besser zu verstehen.

Die US-Politiker laufen Sturm gegen das angebliche Abkommen zwischen China und Kuba, nicht weil es illegal wäre, sondern weil sie sich mit einer chinesischen Militärbasis in der Nähe der Vereinigten Staaten einfach nicht wohl fühlen. Es ist unbestritten, dass China genauso berechtigt ist, einen Militärstützpunkt in Kuba zu errichten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika es mit den Ländern tun, die die 800–1000 US-Militärstützpunkte im Ausland beherbergen. Dennoch gefällt das den US-Politikern überhaupt nicht. US-Aussenminister Antony Blinken erklärte, die Vereinigten Staaten hätten «grosse Bedenken» gegen den China-Kuba-Plan.

Der republikanische Kongressabgeordnete Matt Gaetz geht noch weiter. Er befürwortet eine umfassende militärische Antwort auf den Plan. Gaetz verkündete dramatisch: «Wir sollten viel mehr darüber besorgt sein, dass China Kuba in einen stationären Flugzeugträger direkt vor der Küste Floridas verwandelt.»

Der demokratische Senator Mark Warner und der republikanische Senator Marco Rubio, der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Senats, gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie erklärten, sie seien «zutiefst beunruhigt über Berichte, wonach Havanna und Peking zusammenarbeiten, um die Vereinigten Staaten und unsere Bevölkerung ins Visier zu nehmen.»

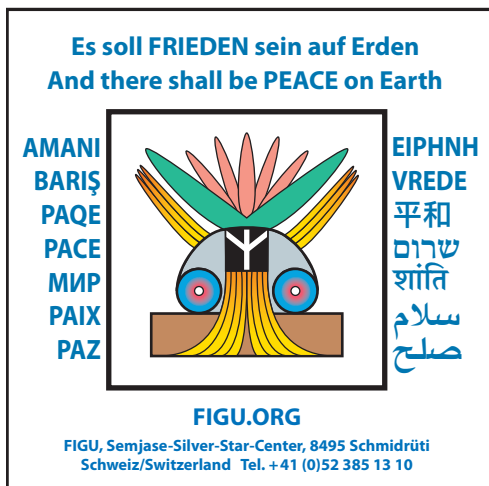
Während sie sich über den angeblichen Plan Chinas und Kubas aufregen, tragen die US-Politiker weiterhin ihre Scheuklappen, die sie daran hindern zu sehen, dass die Russen und die Chinesen genauso über die US-Militärbasen und den militärischen Expansionismus in ihrem Teil der Welt denken, zumal nicht zu leug-

nen ist, dass die US-Regierung, wie Martin Luther King feststellte, der «grösste Verursacher von Gewalt auf der Welt» ist.

Erschienen am 22. Juni 2013 auf> THE FUTURE of FREEDOM FOUNDATION

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_06_22_wirkoennen.htm

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm = CHF 3.–
250x250 mm = CHF 6.–
300x300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2023

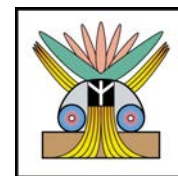
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber ----- der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz